

Besprechungen = Comptes rendus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **4 (1997)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

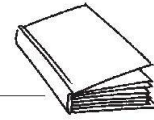
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



LITERATUR ZUM THEMA / COMPTES RENDUS THÉMATIQUES

URS ALTERMATT (HG.) **SCHWEIZER KATHOLIZISMUS ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN 1920–1940**

UNIVERSITÄTSVERLAG, FREIBURG, 1994, 361 S., FR. 58.–

Die Verdienste des Lehrstuhls für Zeitgeschichte und Neueste Schweizergeschichte an der Universität Freiburg um die Aufarbeitung der Geschichte der Schweizer Katholiken als politische Kraft und soziales Milieu sind bekannt. Mit diesem Sammelband präsentiert Urs Altermatt die Beiträge eines Kolloquiums, das 1990 zum Thema «Die Schweizer Katholiken zwischen Tradition und Moderne im 20. Jahrhundert» stattfand. Die Vorträge, die sich mit der Nachkriegszeit von 1945 bis 1990 befassen, wurden bereits in einem eigenen Band publiziert. (Urs Altermatt (Hg.), *Schweizer Katholizismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Freiburg 1992). Das vorliegende Buch behandelt die Zwischenkriegszeit. Diese an sich übliche Zäsur rechtfertigt der Herausgeber zusätzlich mit zwei Argumenten, die die Welt des Katholizismus im Besonderen betreffen. Anfang und Ende des behandelten Zeitabschnitts markierten zwei kulturelle Umbrüche, die ihm ein spezielles Gepräge gaben: Mit Ende des Ersten Weltkriegs lief laut Altermatt der Kulturkampf endgültig aus, und nach dem Zweiten Weltkrieg machten sich bereits die gesellschaftlichen Veränderungen bemerkbar, die die katholische Kirche und den Katholizismus nach der Mitte der 1960er Jahre voll erfassen sollten. Verklammert wurde diese Zeitspanne durch

das einmalige Zusammentreffen von ausgeformtem «Milieukatholizismus» einerseits und bürgerlicher Integration andererseits.

Diese «goldenen Jahre» des Katholizismus als eigene Lebenswelt und in Form der staatserhaltenden Regierungspartei mit faktischer Vetostellung lotet der Band durch beinahe zwei Dutzend Studien aus. In einem ersten, mit «geistigen Entwicklungslinien und Konflikten» überschriebenen Teil wird die Leitfrage nach der Reaktion des Katholizismus auf die Moderne v. a. unter ideen- und mentalitätengeschichtlichen Perspektiven beleuchtet. Besonderes Gewicht wird auf neothomistische und ultrakonservative, antiliberale Strömungen in der Westschweiz und im Tessin gelegt. Auf diese zumeist in einem regionalgeschichtlichen Rahmen sowie unter dem Zugang der intellektuellen Biographie abgehandelten Aufsätze folgt in einem zweiten Teil die Frage der politischen Stellungnahmen und Aktivitäten der katholischen Organisationen (u. a. zum Generalstreik, zu der in seinem Gefolge neu thematisierten Abschaffung der konfessionellen Ausnahmegesetze, zur Fonjallaz-Initiative 1934 und zur Vorlage auf Totalrevision der Bundesverfassung von 1935), bevor schliesslich nach der Stellung von Amtskirche, Episkopat und Papsttum im Schweizer Katholizismus gefragt wird.

Für Strategien kollektiver und individueller Machtsicherung aufschlussreich ist die Rolle, die der Schweizerische Studentenverein (StV) als «Rekrutenschule für die Führerschaft des katholischen Schweizervolkes» (so Ständerat Adalbert Wirz 1907) spielte. Nicht weniger als 15 von insgesamt 17 christlichdemokratischen Bundesräten gingen zwischen 1891 und 1991 durch diese konservative Kaderschmiede. Mehrfach angesprochen wird im zweiten Teil auch die Frage der Binnenverhältnisse der Organisations-

struktur der katholischen «Sonder- oder Subgesellschaft». Wenngleich die Beziehungen zwischen den reformkatholischen und ultramontanen Strömungen, die sämtliche Grundsäulen der katholischen Vereins- und Parteilandschaft durchzogen, nicht immer spannungsfrei verliefen, kannte das Gefüge eine insgesamt funktionelle Arbeitsteilung. Neben der Konservativen Volkspartei versuchten auch der Katholische Volksverein, die Organisationen der christlich-sozialen Arbeiterbewegung sowie diverse Annexvereine, möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen – einschliesslich der Frauen und der Jugendlichen – organisatorisch zu erfassen und damit ideologisch einzubinden. Diese sozialdisziplinierende Komponente der engen Umfassung des Einzelnen wird zwar mehrfach erwähnt, doch ohne dass ein Beitrag näher darauf eingeht. Ebenfalls zu unterschwellig werden die gleichermaßen wichtige sozialpsychologische Sinnstiftungsfunktion der katholischen Sondergesellschaft und die dafür eingesetzten Riten behandelt.

Bei der Vielfalt der Beiträge fällt es nicht leicht, Verbindendes zu bezeichnen. In erster Linie belegt dieser Band durch zahlreiche neue Facetten den Rechtsrutsch der etwa ein Drittel der Katholiken als aktive Mitglieder umfassenden organisierten katholischen Sondergesellschaft. Die bereits um die Jahrhundertwende in die Wege geleitete Marginalisierung der «katholischen Linken» in der Kirche kam in der Zwischenkriegszeit zu einem Abschluss, wie ein Beitrag zeigt, währenddessen Erneuerungsbestrebungen insbesondere bei der «Schweizerischen Katholischen Jungmannschaft» und beim StV gute Aufnahme fanden, korporativistische Strömungen bei den Westschweizer Christlichsozialen. Doch was sich auf politischer Ebene leicht verorten lässt, dürfte auf kultur- und sozialgeschichtlicher Ebene widersprüchlicher sein.

Schliesslich war der Antimodernismus nicht nur ein Kennzeichen der Konservativen. Sozialdemokraten und Kommunisten teilten in manchen Aspekten ihrer Kapitalismuskritik das Unbehagen an der Moderne, das sich um die Jahrhundertwende herauskristallisierte und sich in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre entfaltete. Hier wäre m. E. zu fragen, welchen Stellenwert die klaren Formulierungen und Lösungsangebote der Katholiken als Orientierungspunkte im Wertediskurs der 30er Jahre einnahmen. Lieferten sie nicht in abgeschwächter Form und in ganz bestimmten gesellschaftlichen Bereichen schliesslich manche der konsensualen Flächen, auf der sich mit verhältnismässig geringen politischen Kosten eine Neudefinition der Schweiz in dieser Krisenzeit erreichen liess, zumal die Frauen als Erstbetroffene damals politisch nicht mitreden durften? Denn zumindest im Bereich der Familienpolitik steckten die Konservativen mit ihrer Initiative von 1942, aber auch bereits vorher mit ihrer zunehmend stärkeren Stellung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Frauenrolle in den 30er Jahren, weitgehend den Rahmen ab. Ebenso folgenreich war ihre – gelinde gesagt – bremsende Funktion in bezug auf das Frauenstimmrecht. Doch mit diesen Fragen der Familien- und Geschlechterordnung sind grundlegende Strukturmuster der Gesellschaft angesprochen. In diesem Sinne bleibt nach der Lektüre offen, ob der Anteil der Katholiken an der geschlechterpolitisch konservativen Verfasstheit der Schweiz nicht stärker als bisher gewichtet werden muss.

Brigitte Studer (Palézieux)



DIETMAR ROTHERMUND
THE GLOBAL IMPACT OF THE
GREAT DEPRESSION 1929–1939

ROUTLEDGE, LONDON AND NEW YORK 1996, 180 P.,
£ 40.–

L'ambition déclarée de Dietmar Rothermund est de combler, avec ce livre, une lacune historiographique. La quasi-totalité des études sur la Grande Dépression font, selon lui, la part trop belle aux pays industrialisés avancés, considérés comme les principales victimes d'une dépression qu'ils ont les premiers portée en leur sein. Or, comme à l'évidence la Grande Dépression n'a pas touché que l'Occident industrialisé, l'auteur se propose de mesurer son impact «global».

A cette fin, il s'attache dans le premier tiers de son livre à rappeler les racines de la plus grave crise du XXe siècle, ses origines nord-américaines et les mécanismes de sa transmission à l'Europe. Le reste de l'ouvrage est consacré à évaluer, à travers des études de cas, son impact sur les «principaux pays du monde» (p. xi). Dietmar Rothermund reconnaît laconiquement (toujours à cette même p. xi) que la couverture géographique de son étude est incomplète. Au lecteur de découvrir par lui-même que l'auteur laisse de côté la plupart des petits pays d'Europe occidentale; tous les pays d'Europe méridionale, centrale et orientale (y compris la Russie); trois (Canada, Nouvelle-Zélande, Afrique du Sud) des quatre dominions britanniques; l'Amérique centrale; les Caraïbes; le Moyen-Orient; et le Maghreb.

L'auteur opère d'autres choix sur lesquels il ne s'explique pas vraiment. Un chapitre (le quatrième) est ainsi consacré à la production agricole mondiale; mais aucun sur le commerce international ou l'industrie manufacturière. Autre exemple: presque autant de pages sont dévolues à l'Australie (chapitre 8) qu'au

Sud-Est asiatique (chapitre 12), alors qu'en 1937 l'Australie est quinze fois moins peuplée que les territoires retenus (Philippines, Java, Birmanie et Vietnam) dans cette zone.

On comprend aisément que, dans le cadre d'un ouvrage de seulement 180 pages consacré à un thème aussi large, l'auteur ait dû aller à l'essentiel. Ce qui, comme toujours en pareil cas, implique des déperditions. On en trouve une dans le chapitre 14, où Dietmar Rothermund cite, parmi les principales conséquences politiques de la Grande Dépression, le fascisme en Europe, les mouvements d'émancipation dans les colonies et le populisme en Amérique latine. Le fait d'avoir exclu de ses études de cas la Russie et les pays d'Europe centrale et orientale oblige l'auteur à emprunter, sur ce dernier point, un raccourci fâcheux. Le populisme et le néopopulisme, apparus respectivement au début du XIXe siècle et durant l'entre-deux-guerres en Russie et en Europe orientale, contiennent une critique éthique de l'industrialisation, et sont porteurs de modèles alternatifs de développement mieux à même, selon leurs tenants, d'éliminer la pauvreté de masse tout en minimisant les coûts humains et sociaux liés au processus moderne d'industrialisation. Le populisme que notre auteur croit voir apparaître en Amérique latine n'est visiblement pas celui dont les racines se trouvent dans le Vieux-Continent. Il ressemble plutôt au nationalisme économique, modèle adopté durant l'entre-deux-guerres par de nombreux pays et qui se caractérise par le protectionnisme, l'étatisme, une industrialisation par substitution des importations et la volonté de réduire la mainmise des investisseurs étrangers sur des secteurs-clés de l'économie nationale.

D'une façon générale, Dietmar Rothermund privilégie dans ses études de cas ■ 167

(notamment Turquie, Egypte, Australie, Inde, Chine) les aspects monétaires et bancaires, laissant dans l'ombre la question de l'industrialisation. A aucun moment, il ne s'intéresse à la croissance économique (Produit National Brut par habitant) ou aux écarts de développement entre les différentes entités qu'il étudie.

Certaines analyses manquent de cohérence. La comparaison entre le Kenya et la Rhodésie du Sud (Zimbabwe) en est un exemple. Pour le premier territoire, l'auteur cite (p. 132) de nombreux chiffres pour illustrer dans quelle mesure le colonat blanc s'approprie durant les années '20 les meilleures terres. Le second cas est présenté de telle façon (p. 134) qu'il est impossible de faire une comparaison des deux situations. Il aurait suffi de rappeler ici que le colonat blanc s'adjuge 7% des terres au Kenya et 49% en Rhodésie du Sud.

Cet exemple illustre la principale faiblesse d'un ouvrage dont l'auteur n'arrive pas à s'imposer comme un véritable comparatiste. Dietmar Rothermund ne nous dit jamais quels sont les pays industrialisés les plus touchés par la Grande Dépression, où la production et le niveau de vie reculent le plus, où le chômage frappe le plus durement. Pas plus que nous n'apprenons où en Asie et en Afrique coloniale les paysanneries s'en tirent le moins mal. Ni dans quels pays formellement indépendants d'outre-mer (Amérique latine, Chine, Turquie, etc.) l'industrialisation fait entre 1929 et 1939 la plus grande avancée.

Au total, ce livre apparaît – son auteur est le premier à le reconnaître – comme une étape pour combler l'historiographie «globale» de la Grande Dépression. Il faut le considérer comme un bon état de la question, sériant (de façon sélective) les connaissances acquises. A ce titre, c'est un excellent manuel, dont

une perspective internationale. C'est un premier pas vers l'histoire comparative globale de cette exceptionnelle décennie du XXe siècle.

Bouda Etemad (Genève)

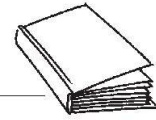
PETER BOLLIER
DAVOS UND GRAUBÜNDEN
WÄHREND DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE 1929–1939
AUSWIRKUNGEN AUF ARBEITSMARKT, BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALPOLITIK

KOMMISSIONSVERLAG BÜNDNER MONATSBLETT/
 DESERTINA, CHUR 1995, 250 S., FR. 45.–

CHRISTINA DANIELA BÜRGI
GOLDENE ZEITEN – KRISENZEITEN
DER KANTON ZUG IN DER
ZWISCHENKRIEGSZEIT 1919–1939

VERLAG FÜR WISSENSCHAFTLICHE PUBLIKATIONEN,
 BAAR 1933, 340 S., FR. 48.–

Christina Bürgi beschreibt in ihrer Arbeit, die als Dissertation bei Peter Stadler verfasst wurde, Situation und Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik des Kantons Zug in der Zwischenkriegszeit. Dabei verarbeitet die Autorin vielfältige zugerische Quellen (Geschäftsberichte, Protokolle von Regierung und Parlament sowie zugerische Zeitungen) und das Werk präsentiert sich als ausserordentlich reichhaltige Materialsammlung zur Geschichte des Kantons Zug. So werden beispielsweise die Verhältnisse in der Landwirtschaft ausführlich dargestellt, die Geschäftsverläufe einiger grosser Industriebetriebe des Kantons (Verzinkerei Zug) expliziert, die zugerischen Parteien porträtiert, die Bundesratswahl von Philipp Etter dargelegt, die Ergebnisse der wichtigen Wahlen aufgelistet und ein Kurzporträt des zugerischen Frontismus präsentiert.



In dieser Sammlung vermisst der Leser insgesamt die kommentierende Analyse der Historikerin, eine zusammenhängende Betrachtung der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik (einzelne Beispiele werden im Buch aufgeführt) und eine Auseinandersetzung mit dem Problem, was an der zugerischen Entwicklung speziell oder was allgemeiner Nachvollzug der schweizerischen resp. europäischen Entwicklung war.

Peter Bollier untersucht in seiner Arbeit die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt und die Bevölkerungsstruktur in der Landschaft Davos und Graubünden. Er stellt dabei die Lage der Arbeitslosen dar, beschäftigt sich mit der Frage, wie sich die Arbeitslosigkeit auf die Beschäftigung von ausländischen Saisonarbeitskräften, die hauptsächlich in touristischen Betrieben beschäftigt waren, ausgewirkt hat. In diesem Zusammenhang dokumentiert er auch die politische Diskussion um die Frage, inwieweit ausländische Arbeitskräfte durch einheimische Arbeitslose ersetzt werden könnten und wie die jeweiligen politischen Gruppierungen in Graubünden argumentierten. Im weiteren stellt der Autor die Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten, Zuschüsse, Arbeitsdienst, Umschulungen) vor. Die in Graubünden herrschende Arbeitslosigkeit schlug sich zudem in erhöhten Aufwendungen von Fürsorgeleistungen nieder.

Bolliers Arbeit basiert hauptsächlich auf Quellenmaterial des Staatsarchivs Graubünden und des Landschaftsarchivs Davos; sie enthält am Schluss einen Quellenteil, statistisches Material und einige zeitgenössische Photographien zur bündnerischen Arbeitsbeschaffung.

Markus Kübler (Spiez)

ANDREAS ERNST ET AL. (HG.)
KONTINUITÄT UND KRISE
SOZIALER WANDEL ALS
LERNPROZESS. BEITRÄGE ZUR
WIRTSCHAFTS- UND SOZIAL-
GESCHICHTE DER SCHWEIZ. FEST-
SCHRIFT FÜR HANSJÖRG
SIEGENTHALER

CHRONOS, ZÜRICH 1994, 460 S., FR. 68.–

Eine Art Anschauungsunterricht für die theoretische und forschungspraktische Arbeit des Geehrten liefert uns die Festschrift für Hansjörg Siegenthaler, indem die darin vereinigten Aufsätze dessen Theorie und Empirie zur (wirtschaftlichen und sozialen) Entwicklung der Schweiz in den letzten hundertfünfzig Jahren zur Basis haben. «Kontinuität» und «Krise» als Phänomene, verbunden durch mehr als zeitliche Abfolge, haben seit jeher in Hansjörg Siegenthalers Forschungstätigkeit als roter Faden gewirkt. Die zentrale Frage nach den Zusammenhängen zwischen Krise und Wachstum, nach Begründungen, die für den Umschlag von Kontinuität und Wachstum in Umbruch und Krise (und in erneutes Wachstum) angeben werden können, ist dabei immer auf die Gegenwart bezogen gewesen. Die Theoriebildung, die der Wirtschaftshistoriker in diesem Zusammenhang vorangetrieben hat, zusammen mit der darauf basierenden Interpretation der schweizerischen Geschichte der letzten 150 Jahre, hat nun dazu geführt, das Erscheinen von Siegenthalers Werk *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens* (Tübingen 1993) zu einem nachwirkenden Ereignis für die auf das eigene Land bezogene schweizerische Geschichtswissenschaft werden zu lassen (siehe auch *Traverse* 1994/3) –, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem der Wille und die Notwen-

digkeit, den Mechanismus zu verstehen, der zur Krise und v. a. auch wieder hinaus führt, brennend sind.

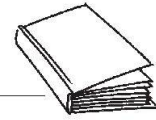
Kontinuität und Krise spiegelt die kontinuierliche Arbeit hin auf eine konsistente Theorie und auf einen griffigen Interpretationsentwurf der schweizerischen Entwicklung. Siegenthaler arbeitet in der Auseinandersetzung mit Schülerinnen und Schülern. Ihre Arbeiten sind konzeptionell in sein grosses Projekt eingefügt. Waren es anfänglich v. a. die wirtschaftlichen Entwicklungsdaten, die – verstanden als Indikatoren – Wachstum und Krise der Gesellschaft anzeigen und belegen sollten, galt bald das Interesse auch Sozialdaten, bis schliesslich die Auseinandersetzung mit Zusammenhängen zwischen Kontinuität und Krisen die Arbeit dominiert hat. Die Arbeit an einem grossen Projekt spiegelt sich nun in der Festschrift, indem diese Beiträge vereinigt, die alle in ein Ganzes eingepasst und entlang der grossen Stränge der Theoriebildung angeordnet werden können.

Die Einleitung zum Band skizziert insbesondere den theoretischen Rahmen, in dem sich die folgenden Beiträge bewegen. Dabei machen die Autoren deutlich, wo ihrer Auffassung nach Siegenthalers Theoriebildung innerhalb der Modernisierungs- und Wachstumstheorien angesiedelt werden kann. Sie streichen das Gewicht hervor, das erkenntnistheoretischen Überlegungen zukommt, die in Stichworten angedeutet sein sollen: Wahrnehmung als Grundlage von Handeln, kognitive Regelsysteme, internalisierte und institutionalisierte Normen sowie Präferenzen, «fundamentales Lernen» (zugeordnet zu Krisenphasen) und «routinemässiges Lernen» (zugeordnet zu Stabilitätsphasen). Einige der Aufsätze der Festschrift gehen relativ souverän mit den Prämissen Siegenthaler'scher Konzeptionen um und diskutieren anschliessend diese Anwendung auch. Andere

bekunden mehr Mühe, ist doch nicht jedes Datenmaterial so günstig und eignet sich nicht jede Problemstellung gleich gut, dass sie sich problemlos für die Exemplifizierung darbieten würden.

Im ersten Teil des Buches sind Aufsätze vereinigt, in denen langfristige Entwicklungen bzw. die Gewinnung von Daten zu deren Beschreibung thematisiert werden. Dabei holt jeder der Autoren eine theoretische Teilthematik des Forschungsunterfangens speziell hervor: Am Beispiel der Bundesfinanzen wird von *Halbeisen* und *Lechner* der Aushandlungsmechanismus, über den Bundessubventionen und ihre konkrete Verteilung bestimmt werden, als Ausdruck eines Willens zur Gemeinsamkeit und eines Lernprozesses dargestellt. Der Aufsatz von *Püntener* thematisiert eine Wirtschaftsbranche, die Fremdenindustrie, in ihrem Beitrag zum gesamtschweizerischen Wachstum und als Interessengruppe, und zeigt zugleich, welche methodischen und theoretischen Probleme bei der Auffindung und Aufbereitung von Grundlagendaten überwunden werden müssen. Der dritte Beitrag diskutiert die Beziehung zwischen ökonomischer Rationalität und der Wirksamkeit von dazu in Konflikt stehenden Entscheidungsmechanismen am Beispiel der Wanderungsströme aus der Schweiz nach Übersee (*Ritzmann*). Anhand der Auseinandersetzung um Lohnstarrheit und Beschäftigung diskutiert dann Imfeld die Bedeutung des Regelverhaltens für die Handlungsfähigkeit der Individuen in einer gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Umgebung. Eisner diskutiert Probleme, die sich bei der Erfassung des Prozesses der Destabilisierung in Folge wirtschaftlichen Wachstums ergeben.

Im zweiten, umfangreichsten Teil des Buches thematisieren zwölf Aufsätze die Krise und daraus resultierende Neuorganisationen. Dabei befassen sich einige Beiträge mit Kommunikationsprozessen



bzw. Diskursverdichtungen, die sich in einer solchen Phase ergeben, andere haben eine Aktorengruppe zum Thema, während ein weiterer, derjenige über die «Macht der Banken», die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem immer wiederkehrenden Element in Krisendiskursen selbst in die Analyse miteinbezieht, um Bezüge zwischen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskursen sichtbar zu machen und beide auf die Krise zu beziehen (*Tanner*).

Bei den Aufsätzen, die Aktorengruppen thematisieren, geht es meistens um die Frage nach fundamentalen Lernprozessen, die zu Kurswechseln führen. Pfiffner versucht die (Krisen-)Entscheidung als Konsequenz unternehmerischen individuellen Lernens auf der Basis (auto-)biographischer Materialien zu verstehen. *Scheiben* entwirft eine Erklärung für die sozialdemokratische Politik der 30er Jahre, nach der die Parteispitze die diagnostizierte Krise als Chance für das eigene Handeln begriffen hat, die Krisensituation bei den Parteiführern aber auch Ängste auslöste, so dass sie schliesslich doch zur Verständigung statt zur konfliktiven Durchsetzung eigener Interessen drängten. *Dahinden* interpretiert die Neuausrichtung des schweizerischen Buchhandels in den 30er Jahren als Folge eines Orientierungswandels infolge einer grundlegenden Verunsicherung, d. h. als einen grundlegenden Lernprozess. *Angst* thematisiert den Paradigmenwechsel im Schweizerischen Gewerbeverband Anfang der 40er Jahre, indem er die Bedeutung des gruppeninternen Vertrauens resp. Misstrauens in die politischen Zielsetzungen der Führungsgruppe für den Wechsel unterstreicht. *Wigger* rückt am Beispiel der Zürcher Bauernpolitik die kommunikativen Prozesse und Diskurs-elemente, die zur erfolgreichen gesellschaftlichen Positionierung führten, ins Zentrum.

Die Texte, welche Diskursverdichtungen thematisieren, stellen immer auch zur Diskussion, weshalb es gerade die ausgemachten Diskursthemen bzw. Begriffe waren, an denen sich gesellschaftliche Verständigung abhandelte und in welcher Weise und mit welchen Konsequenzen diese Kommunikation dann auch möglich war. *Gugerli* diskutiert am Beispiel der Frankfurter elektrotechnischen Ausstellung von 1891 die Bedeutung des Informationsprozesses, der sich als Kommunikationsvorgang zwischen technischer Entwicklung und massenweiser Anwendung von Elektrizität schob, für gesellschaftliche Innovationsentscheidungen. *Blanc* sieht die Verkehrsplanung im Zürich der Nachkriegszeit als Prozess kollektiven Umlernens. *Gisler* und *Christen* verweisen in ihrem Aufsatz zur Frauenzeitschrift «Annabelle» auf die Entwicklung eines Diskurskonstrukts, seine Normierungszwänge und das Bedürfnis verstärkter Kommunikation, das sich für angesprochene Frauen aus der Differenz zwischen Konstrukt und gelebtem Alltag ergab. Sie beschreiben damit das Abbild einer alltäglichen Krise in Zeiten stabiler Wachstumsphasen. *Zbindens* Aufsatz zum «neuen» Zürcher Literaturstreit (1966/67) erhellt die Debatte als heftiges Ringen um eine neue Ausrichtung (deutsch-)schweizerischer Autoren, um eine Neuorientierung schweizerischer Germanistik und um das Aufbrechen zementierter gesellschaftlicher Machtpositionen im Literaturbetrieb. Auch er stellt damit in den Raum, dass das Kulturleben seismographisch früh gesellschaftliche Krisen anzeigen kann. *Ernst* versucht in der Herausarbeitung von Übereinstimmungen und Unterschieden deutscher und schweizerischer (historischer) Selbstinterpretation in der Zeit der Krise nach dem Ersten Weltkrieg den Gehalt von «Nation» und damit den Handlungsspielraum in ihr zu bestimmen. Diesen Teil abschliessend

diskutiert der Philosoph *Kleger* die Konsequenzen definatorischer Bemühungen um fundamentale Begriffe/Institutionen einer Gesellschaft für die Bewältigung der gegenwärtigen Krise, die in eine «Selbstfindung» der an der Kommunikation Beteiligten als Teil einer «neuen politischen Gesellschaft» münden soll.

Im dritten Teil der Festschrift sind Texte vereinigt, die Theorieprobleme thematisieren. So ordnet *Arvanitis* Siegenthalers Theoriekonstrukt ein in die laufende Theoriediskussion der Nationalökonomie. *Gerlach* diskutiert die Erklärungskraft des «selektiven Anreizes» für die Bereitschaft, sich in Kollektiven zu engagieren. *Müller* untersucht die Bedeutung von Lernprozessen in Unternehmungen für wirtschaftliche Entwicklung und Innovation, indem sie für die Unternehmung die Vorstellung der Organisation zugrunde legt. *Imhof* widmet seinen Aufsatz einer Kernvorstellung von Siegenthalers Theorie, derjenigen der fundamentalen Unsicherheit in Krisenphasen und der krisentypischen, nämlich verständigungsorientierten Kommunikation, die das erschütterte Vertrauen mit einer erneut gesellschaftlich gesicherten Interpretation der Welt auffangen wird. Imhofs Aufsatz wird durch den darauf folgenden von *Romano* ergänzt, der seinerseits die Sicherheit analysiert und ihre ideologische Konstruktion diskutiert, indem er ihre Funktion für die Handlungssicherheit von Akteuren in einer immer komplexeren Realität deutlich macht.

Der Band hinterlässt den Eindruck intensiver Denkarbeit und eines Entwurfes, der v. a. viele offene Fragen hat und deshalb zur Weiterarbeit einlädt. Es wird auch deutlich, dass Probleme, die bei Siegenthalers Buch aufgeworfen worden sind, sich bei den meisten dieser Aufsätze noch verschärfen. Erwähnt seien hier etwa das Problem der sauberen Trennung

Lernen und deren Zuordnung zu Krisen- und Stabilitätsphasen oder die Frage nach den Asymmetrien in der Gesellschaft, die wenn nicht weggedacht so doch zumindest nicht mitkonzeptionalisiert werden. Dies stellt für die zentrale Frage, wie die Überwindung der Krise die fundamental erachteten Werte für die von ihr betroffenen Menschen einzulösen hätte, ein nicht unerhebliches Manko dar. Vorläufig?

Béatrice Ziegler (Hinterkappelen/Bern)

PIETRO MORANDI
KRISE UND VERSTÄNDIGUNG
DIE RICHTLINIENBEWEGUNG UND
DIE ENTSTEHUNG DER KONKORDANZDEMOKRATIE 1933–1939

CHRONOS, ZÜRICH 1995, 475 SEITEN, FR. 58.–

Die Wege, die aus der Krise der 30er Jahre hinausführten, sind vielfältig: Faschismus und Nationalsozialismus, Volksfront und New Deal und natürlich die schweizerische Form der Verständigung von Bürgertum und Sozialdemokratie, die auf die Konkordanz hinausläuft. Etwas weniger im Blickfeld steht die schwedische Lösung, wo 1933 eine Allianz mit der Bauernpartei der Sozialdemokratie die Möglichkeit gab, die Grundsteine für ein später vielbeachtetes gesellschaftliches Modell zu legen. Kaum beachtet wurde bisher, dass in der Schweiz der Kriseninitiative von 1935 und der daraus hervorgegangenen Richtlinienbewegung ähnliche Zielsetzungen zugrunde lagen – es ging ihren Protagonisten um eine neue Mehrheit für eine neue Politik. Am prononciertesten drückte es der SPS-Präsident Hans Oprecht 1937 aus: «Die Richtlinienbewegung erinnert an die Zeit der Regeneration 1830–1848, sie soll eine ähnliche historische Mission erfüllen.» (322) In der bisherigen Historiographie wird dagegen die Richtlinienbewegung –



wenn überhaupt – v. a. als Etappe der Linken auf dem Weg in die Konkordanz gedeutet; die entscheidende Beteiligung der Jungbauern erscheint als Episode, wenn sie nicht ganz unterschlagen wird. Es ist also ein wichtiges Thema, dessen sich Pietro Morandi in seiner Dissertation angenommen hat. Erstmals wird die Zusammenarbeit von Bauern-, Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in den 30er Jahren auf nationaler Ebene ausführlich analysiert. Damit erhält nicht nur diese Verständigung, die die Hegemonie des Bürgerblocks erschütterte, endlich die verdiente Aufmerksamkeit, sondern auch die Herausbildung und Durchsetzung der dann von allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen bis in die 1970er Jahre hinein getragenen wirtschaftspolitischen Grundhaltung. Ein wichtiges Thema – aber ein ärgerliches Buch, weil es so unsorgfältig aufgebaut und geschrieben ist, dass das Lesen zur Qual wird. Das ist schade, weil es zugleich spannendes Material und interessante Ergebnisse enthält; wir versuchen sie im folgenden zusammenzufassen.

Morandi nimmt den von Oskar Scheiben (*Krise und Integration*, Zürich 1987) ausführlich thematisierten Übergang der SPS von einer System- zu einer Konjunkturpolitik in der ersten Hälfte der 30er Jahre auf und geht gleichzeitig den Wurzeln des neuen Oppositionsverständnisses der Kreise um die 1933 gegründete Wochenzeitung «Die Nation» nach; nur angedeutet wird der Beitrag, den die aufgrund der Dauerkrise des Agrarsektors und der alles dominierenden Links-Rechts-Konstellation immer unzufriedener werdenden Teile der Bauern und der Angestellten zur Entstehung dieser neuen Opposition geleistet haben. Viel Platz und Aufmerksamkeit räumt der Autor hingegen dem «Ring um ein neues Oppositionsverständnis und Programm» der Arbeiterbewegung ein. Thematisiert werden

sodann die Krise der bundesrätlichen Wirtschaftspolitik und die Krisenbekämpfungspolitik der Richtlinienbewegung sowie die freisinnigen und konservativen Reaktionen darauf. Abgerundet wird die Untersuchung durch die Schilderung des Kampfes um die «neue Mehrheit», an dessen Ausgang die Niederlage der Richtlinienbewegung und der Triumph der unmittelbaren Vorstufe der bis heute wirkenden Konkordanzpolitik steht.

Ein erster Höhepunkt des gewerkschaftlich-bäuerlichen Kampfes zur Durchsetzung ihrer im wesentlichen von Max Weber – dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Gewerkschaftsbundes und späteren SP-Bundesrat – konkretisierten wirtschaftspolitischen Alternativen zur bürgerlichen Lohn- und Preisabbaupolitik war die Lancierung der Kriseninitiative 1934. In der 1937 gegründeten Richtlinienbewegung, bei der sich nun auch parteipolitische Organisationen beteiligten, verfestigte sich die Allianz organisatorisch. Mit diesem neuen, links der Mitte anzusiedelnden Bündnis wurde die politische Macht des Bürgerblocks auf eidgenössischer Ebene jetzt viel unmittelbarer in Frage gestellt als vorher durch die klassenkämpferisch ausgerichtete Arbeiterbewegung unter Führung der Sozialdemokratischen Partei. Die herausragenden Figuren der Bewegung waren Max Weber und SGB-Präsident Robert Bratschi, der Jungbauern-Führer Hans Müller, der Schaffhauser Bauernpolitiker Paul Schmid-Amman (später SP) und der Bündner Demokrat Andreas Gadiant. Sie entwickelten ein Programm, das einerseits defensiv auf die politische und wirtschaftliche Krise reagierte: Verteidigung der Demokratie und keynesianische Wirtschaftspolitik. Diese Wirtschaftspolitik sollte aber eine grundsätzlich neue sein und sich auf eine neue Mitte-Links-Mehrheit von Arbeiterschaft, Angestellten und Bauern stützen, zu der man auch

linksbürgerliche Kreise herüberzuziehen hoffte. Darin lag das offensive Moment der Bewegung, deren Führer sich gegen innenpolitisches «appeasement» und «freiwillige Gleichschaltung» richteten.

Das war auf die Gegner des Konzepts innerhalb der Arbeiterbewegung gemünzt. Da war einmal die Linie von Robert Grimm, der dem Kampf um eine neue Mehrheit links der Mitte die von den bürgerlichen Parteien offerierte Zusammenarbeit vorzog; 1938 liess er für zwei SP-Regierungsratssitze im Kanton Bern die Richtlinien-Allianz mit den Jungbauern platzen und leitete damit einen Probelauf für die Konkordanz ein. Da war andererseits der SMUV unter der Führung von Konrad Ilg, der im Gegensatz zur Richtlinienbewegung sich mit den Interessen der Exportindustrie identifizierte und das Friedensabkommen mit den Arbeitgebern abschloss. Beide zogen eine Zusammenarbeit oben dem Kampf um eine neue Mehrheit von unten vor. Sie konnten sich darauf berufen, dass auf bürgerlich-bäuerlicher Seite die der Richtlinienbewegung freundlichen Kräfte unterlegen waren: Walter Stucki unterlag im Freisinn ebenso wie Ernst Laur im Bauernverband. Andererseits zwang die neue Herausforderung die liberalen Kräfte innerhalb des Bürgerblocks doch, sich 1938 von der konservativ-reaktionären Linie der Konservativen Volkspartei und der welschen Bürgerlichen zu lösen und mit Exponenten der SPS ernsthaft eine interparteiliche Zusammenarbeit zu suchen. Bei den Kräften um Robert Grimm – der langfristig am revolutionären Ziel des Klassenkampfes festhalten wollte, aus «taktischen Gründen» jedoch kurzfristig zur Übernahme von «Verantwortung» in einer bürgerlich dominierten Regierung bereit war – fanden sie verhandlungswillige Partner. Das Finanzprogramm vom November 1938 bildete den Wendepunkt:

abstimmung und sicherte ihm eine Mehrheit, die Partner der Richtlinienbewegung blieben mit ihrer Ablehnung allein – die Bewegung war zerbrochen. Der «Lohn» für die SPS blieb allerdings vorerst aus, in der Dezember-Wahl gab es keinen SP-Bundesrat. Erst 1943 waren die Bürgerlichen bereit, die Verständigung zum Konkordanzsystem auszubauen. Wichtige Exponenten der ursprünglichen gewerkschaftlich-bäuerlichen Koalition wie die Jungbauern, die in ihrer radikal antibürgerlichen Haltung verharrten und 1940 fatalerweise immer noch gleich systemkritisch argumentierten wie 1933/34, wurden durch diese Entwicklung innenpolitisch vollständig isoliert.

Diesen Prozess vorwiegend aus der Sicht der Arbeiterbewegung ausführlich dokumentiert und analysiert zu haben, ist Pietro Morandis Verdienst. Überzeugend arbeitet er den Unterschied zwischen den zwei Konzeptionen von Verständigung heraus, die es innerhalb der Linken gab: den einen ging es um Machtablösung durch die Opposition, den andern um Machtbeteiligung der Opposition. Was man allerdings vermisst, ist eine Analyse, warum das Projekt einer neuen, um Gewerkschaften und Bauernorganisationen zentrierten Mehrheit gescheitert ist. Ebenso fehlt der Versuch, die Bedeutung dieser Bestrebungen einzuschätzen. Denn der äusserliche Misserfolg ist ja keineswegs alles. Für die SP hält Morandi treffend fest: «Die SPS hatte die «Richtlinienbewegung» in gewissem Sinne wie eine Leiter benutzt, die nun, nachdem die Mauer erklommen schien, abgeworfen werden konnte.» (387) Auf der andern Seite bildete die Richtlinienbewegung ein wichtiges Gegengewicht gegen die konservativ-reaktionären Bestrebungen in Richtung autoritäre Ordnung und zwang den Freisinn, sich davon zu distanzieren und die Verständigung nach links zu suchen. Und wenn sich schliesslich auch



ein anderes politisches Konzept durchsetzte – die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Richtlinienbewegung spielen auch in der Konkordanzdemokratie der Nachkriegszeit eine zentrale Rolle: Von den Wirtschaftsartikeln über die AHV bis zum Landwirtschaftsgesetz lassen sich ihre Spuren verfolgen. Die Richtlinienbewegung war zwar nicht ihrer Absicht nach, wohl aber in ihrer Wirkung ein Schritt auf dem Weg zur Konkordanz. Vorher aber öffneten sie in den 30er Jahren das bisher letzte Mal eine realistische Chance für eine andere Entwicklung der Schweiz.

Es wäre daher bedauerlich, wenn das Buch wegen seiner Mängel nicht zur Kenntnis genommen würde. Diese sind freilich zahlreich. Einerseits weist es unendlich viele Wiederholungen auf, andererseits ist die Herleitung zentraler Aussagen oft nur schwer nachvollziehbar (der Autor verweist zwar immer wieder auf vorangegangene oder folgende Erläuterungen, jedoch ohne kenntlich zu machen, wo genau etwas «noch gezeigt werden wird»). Zentrale, den meisten LeserInnen nicht geläufige Begriffe wie «Front der Arbeit», «Richtlinienbewegung» etc. werden nicht oder erst viel später im Text erklärt; zudem werden Abkürzungen verwendet, obwohl kein Verzeichnis vorhanden ist. Es fehlt auch nur eine Skizze der wirtschaftlich-sozialen Problematik, der politischen Krise, der beteiligten sozialen Gruppen. Die politischen Auseinandersetzungen spielen sich im luftleeren Raum ab. Die Chronologie ist kaum nachvollziehbar; der Text dreht sich zeitlich und inhaltlich im Kreis, ohne dass ein analytisches Konzept erkennbar würde. Selbst die Überschriften der Kapitel haben oftmals kaum etwas mit dem nachfolgenden Text zu tun. Seitenlange Quellenreferate bzw. -zitate (ein mehr als halbseitiges Zitat kommt sogar zweimal vor!) sind einerseits interessant,

andererseits nicht in eine Synthese eingebettet. Besonders ärgerlich sind die unbelegten Aussagen wie die wiederholt geäußerte Behauptung, die waadtländer Bauernpartei sei Mitglied der Richtlinienbewegung gewesen, obwohl sie dies nach bisherigem Kenntnisstand eben gerade nicht war. Das Beispiel ist zwar beliebig – aber wichtig, weil es allenfalls Hinweise zur Beantwortung der Frage geben könnte, weshalb die Richtlinienbewegung in der Romandie auch bei Gruppierungen, die eine ähnliche Politik betrieben, kaum Erfolg hatte.

Die von Morandi konsultierte Quellenbasis für die bäuerliche Komponente der Richtlinienbewegung ist äusserst schmal; unbegreiflich etwa, weshalb der Autor nicht einmal den leicht zugänglichen Nachlass von Paul Schmid-Ammann, einem der wichtigsten Exponenten der Richtlinienbewegung, konsultiert hat. Morandis zuweilen erstaunlich treffsichere Urteile lassen erahnen, was für ein gutes Buch hätte entstehen können. So bleibt es ein Steinbruch, dessen Benutzung harte Arbeit erfordert; und doch: der Schweiss lohnt sich.

Werner Baumann, Peter Moser
(Basel, Bern)

ALLGEMEINE BESPRECHUNGEN / COMPTES RENDUS GÉNÉRAUX

THOMAS SPÄTH MÄNNLICHKEIT UND WEIBLICH- KEIT BEI TACITUS ZUR KONSTRUKTION DER GESCHLECHTER IN DER RÖMISCHEN KAISERZEIT

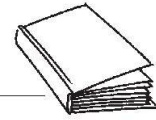
CAMPUS, FRANKFURT 1994, 380 S., FR. 48.–

L. Tarquinius Superbus, der letzte König der römischen Frühzeit, herrschte während 25 Jahren. Nach seinem Sturz wurden zwei Konsuln gewählt: L. Iunius Brutus und L. Tarquinius Collatinus. So haben wir es in der Schule gelernt, und so lesen wir es auch beim römischen Historiker Livius (59 v. Chr.–17 n. Chr.). Nichtsdestotrotz sind Zweifel an der Faktizität dieser immer wieder erzählten Geschichte erlaubt. Denn eigentliche Primärquellen zur römischen Geschichte für die Zeit bis etwa 300 v. Chr. fehlen uns vollständig, und auch für das folgende Jahrhundert stehen uns sehr wenige zur Verfügung. «Livius» – so Moses I. Finley («Der Althistoriker und seine Quellen») – «und die anderen späteren römischen Geschichtsschreiber (von ein paar verstreuten und häufig unverständlichen Dokumenten abgesehen) befanden sich in der gleichen Lage.»

Ist die Quellenlage für die Zeit der späten römischen Republik und des Prinzipats auch nicht derart verzweifelt, so wissen wir heute vieles lediglich aus vierter oder fünfter Hand; meist fehlen weitere Quellen, die eine kritische Abwägung erlauben könnten. Und auf mehr als genug Fragen finden wir überhaupt keine Antwort im Corpus der Überlieferung.

nicht geringe Schwierigkeiten, wenn es darum geht, aus einzelnen (Textbau-) Steinen ein Mosaik der römischen Geschichte zu rekonstruieren. Aus dieser althistorischen Not versucht Thomas Späth in seiner Untersuchung «Männlichkeit und Weiblichkeit bei Tacitus» eine Tugend zu machen, indem er den taciteischen Text nicht als Steinbruch für «Fakten», sondern für Diskurse benützt.

Tacitus, um 55 n. Chr. geboren, gestorben um 120, gilt als einer der letzten bedeutenden römischen Historiker. Bereits in jungen Jahren ein gefeierter Redner, wurde er im Jahre 97 Konsul. (Auch unter den Kaisern wurden jährlich Konsuln gewählt, das Amt hatte allerdings nicht mehr den gleichen Charakter wie zur Zeit der Republik.) Von seinen «Annalen», auf deren Text sich Späth in seiner Untersuchung beschränkt, sind die Bücher 1–6 (Tiberius/14–37 n. Chr.) und 11–16 (Claudius und Nero/47–66 n. Chr.) erhalten, Buch 5, 6 und 16 mit zum Teil grossen Lücken. Diesen Textcorpus benutzt Späth nun zur Rekonstruktion des kaiserzeitlichen Geschlechterdiskurses. Dabei untersucht Späth die Bewertung, die das Handeln von Frauen auf Frauen hin (intra-gender) sowie von Frauen auf Männer hin (inter-gender) erfährt, desgleichen diejenige des Inter-gender- und des Intra-gender-Handelns von Männern. Auf diese Weise werden Rückschlüsse möglich auf Normen, an denen Männer und Frauen bei Tacitus gemessen werden. Dabei erweist sich als normatives Modell des römischen Mannes der Vorsteher der «familia», der «pater»: ««Pater» zu sein bedeutet in Rom nicht nur, eine bestimmte juristische Stellung einzunehmen, welche selbstverständlich Römern männlichen Geschlechts vorbehalten ist – «patres» sind darüber hinaus das Modell von Männlichkeit. Der Status des «pater» ist deshalb genauso wie eine juristische auch eine geschlechterspezifische Position.»



Das Handeln aus dieser Subjektposition wird «als ordnungsentsprechend beschrieben, wenn seine Bedeutung letztlich eine Wahrnehmung einer hierarchischen Stellung, einer Dominanz ist. Kommt hingegen das Handeln aus diesen Positionen einer Unterordnung (gegenüber wem auch immer) gleich, ist es in den <Annalen> als Transgression gewertet.» (306) Ausserhalb der «domus» nämlich gibt es eigentlich keine der Position des «pater» vergleichbare «oberste Gewalt», in der «res publica» müssen Entscheidungen und Machtpositionen auf der Ebene aristokratischer Egalität unter den «patres» in einem Zusammenspiel von Konkurrenz und Allianzen ausgehandelt, verteidigt, errungen werden. Wenn es diese «oberste Gewalt» dann aber doch gibt, nämlich in Gestalt des «princeps», eines «superpater», dann ist, wie Späth nachweist, die Ordnung empfindlich gestört, und es muss – zumindest aus taciteischer Perspektive – Transgression auf Transgression folgen.

Wird Männlichkeit im taciteischen Text «allein» durch normgemässes «Verhalten» festgelegt, so weist Weiblichkeit in den «Annalen» noch eine weitere Dimension auf. Späth spricht von «einer Art deskriptiven Norm, einer Festlegung des <Weiblichen>, das jeder weiblichen Figur allein aufgrund ihrer Weiblichkeit zugeschrieben wird.» (313) Diese Weiblichkeit findet ihren Ausdruck im Begriff der «inpotentia», der weiblichen Masslosigkeit. Und hier zeigt sich denn auch ein grundlegender Unterschied zwischen Männern und Frauen in der Optik der «Annalen»: «Die <Annalen> beschreiben [...] Politiker, Krieger, Kaiser, Bürger, ohne ihre sozialen Merkmale auf das physiologische Geschlecht zurückzuführen, sie werden dargestellt als geschlechtslose <Menschen>. Diesen <Menschen> werden <Frauen als Geschlecht> gegenübergestellt, charakterisiert durch soziale

Eigenarten, die der Text aus der Tatsache, dass sie Frauen sind, begründet.» (314)

Lassen sich solche an «einem» Text erarbeiteten Einsichten *tel quel* übertragen, bekommen wir in den «Annalen» gar «den» Geschlechterdiskurs der Kaiserzeit zu fassen? Späth weist selbst darauf hin, dass Repräsentativität nicht gegeben ist, lenkt der Text den Blick doch vorwiegend auf das Kaiserhaus sowie auf Angehörige des Ritter- und Senatorenstands und nur ganz nebenbei auf die Mehrheit der Bevölkerung. Zeichnet sich aber ein dominierender Diskurs tatsächlich dadurch aus, dass er gesamtgesellschaftlich wirksam ist, so müsste dies auch für den Geschlechterdiskurs der «Annalen» gelten. Mit einem Rückgriff auf einen texttheoretischen Ansatz macht Späth dies weiteren auch plausibel, dass in den «Annalen» ein überpersonaler Geschlechterdiskurs (also nicht einfach die Ansicht eines einzelnen Autors) seine Spuren hinterlassen hat. Dabei überspannt Späth meiner Ansicht nach allerdings den Bogen, wenn er schreibt: «Der Autor im Sinne einer <Instanz des schöpferischen Subjekts als Existenzgrundlage eines Werks und Prinzip seiner Einheit> (Foucault) kann keinen Platz mehr haben in einem Text, der selbst eben nicht mehr als Einheit, sondern als Pluralität von Texten betrachtet werden muss.» (281) – Im übrigen gehört es zu den unbestrittenen Stärken von Späths Studie, dass der Autor uns auf wenigen Seiten (285 f.) klar machen kann, welchen Sinn er dem in andern Texten oftmals reichlich diffusen Begriff «Diskurs» zuordnet.

Martin Stohler (Basel)

PIERRE DUBUIS
LE JEU DE LA VIE ET DE LA MORT
LA POPULATION DU VALAIS
(XIV^e–XVII^e S.)

CAHIERS LAUSANNOIS D'HISTOIRE MÉDIÉVALE 13,
LAUSANNE 1994, 426 P., FS 30.–

Grâce à la multiplication, dans les dernières années, des études de caractère démographique, l'on connaît finalement assez bien les articulations principales de la conjoncture démographique de l'espace helvétique depuis le Moyen Âge. Les nombreuses investigations de Pierre Dubuis, notamment, ont contribué d'une manière déterminante à accroître et à affiner les connaissances sur une partie de l'espace alpin (valaisan) durant l'époque prémoderne.

Le livre de l'historien lausannois, qui est l'aboutissement d'une vingtaine d'années de recherches patientes et minutieuses dans les archives valaisannes, savoyardes et de Turin, représente l'une des rares tentatives de reconstruire d'une manière détaillée l'évolution de la population d'une région alpine durant l'époque médiévale et au début de l'époque moderne; une époque cruciale dans le parcours démo-économique des sociétés montagnardes qui, comme l'a montré J.-F. Bergier, connaissent un essor remarquable au sortir du Moyen Âge.

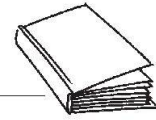
L'ouvrage, qui suit une trame chronologique, esquisse une succession de phases de croissance, de déclin, de stagnation et de reprise qui, au-delà de quelques différences, révèlent une étonnante similitude avec les scissions de l'histoire démographique du continent européen durant les mêmes époques.

La voie suivie par Dubuis ne manque pas de difficultés quant à la disponibilité des sources. Contrairement à l'historien démographe de l'époque moderne et du XIX^e siècle qui dispose de toute une série

de sources démographiques (livres des paroisses, États des Ames, recensements civils, etc.), le chercheur qui se penche sur les époques antérieures ne dispose que de sources «secondaires». La reconstitution de la population doit par conséquent passer par d'autres voies: les listes des feux, les rôles des contribuables, les registres des amendes, des mutations foncières, des péages, les testaments et ainsi de suite. Bref, des documents que l'on ne peut pas considérer comme de véritables sources démographiques, mais qui le deviennent lorsque l'historien décide de les interroger sous cet angle.

A cet ordre de problèmes s'ajoutent ceux de caractère méthodologique. Qui, par exemple, figure dans les rôles des contribuables? Et dans quelle mesure les listes des feux permettent de reconstituer la taille de la population d'une paroisse? Il s'agit de questions centrales auxquelles l'on peut répondre uniquement à travers un examen approfondi de la nature des documents analysés et des raisons qui ont amené à leur rédaction. La rigueur qui dirige le livre a sûrement permis à Dubuis d'éviter les pièges d'une utilisation acritique du matériel à disposition. Il suffit de penser aux problèmes résultant de l'utilisation des listes des contribuables: une source à caractère fiscal dont l'auteur a mis largement en évidence les limites de son exploitation dans une optique démographique.

Il n'en reste pas moins, comme le souligne Dubuis, que les résultats n'ont pas la prétention de fournir des données absolues. Plus simplement, le but est d'«évaluer le poids du facteur <population> dans le fonctionnement d'une civilisation observée dans la durée.» Un exemple en cette direction, bien que discutable du point de vue méthodologique (mais l'auteur en est conscient), est celui dédié à la comparaison de la taille estimée de la population du Valais occidental de 1313 avec celle décrite par les



recensements de 1802–03. Le résultat est étonnant: au sommet du cycle médiéval précédant la crise de la peste noire, la population valaisanne était pratiquement égale à celle dénombrée cinq siècles plus tard, au début du XIXe siècle. La comparaison est indéniablement risquée du fait que l'on est face à deux contextes socio-économiques marqués par de profondes différences. Elle est néanmoins révélatrice d'une densité de peuplement relativement élevée, et donc d'un pays plein; certes, des densités bien inférieures à celles que l'on trouve dans les plaines de l'Ile de France à la même époque, mais qui s'approchent sûrement des limites que le contexte écologique posait.

C'est d'ailleurs ce surpeuplement relatif qui est à la base, à partir des années 1320–30, de la détérioration de l'environnement économique et du renversement de la conjoncture démographique. L'irruption de la peste ne fait qu'amplifier une tendance déjà à l'œuvre, en donnant le signal d'une phase de récession qui se prolonge jusqu'aux années 1420. Loin d'être une région épargnée, le Valais a été lourdement frappé par la mort noire. Les estimations sont naturellement très fluctuantes du fait de l'extrême variabilité des situations. Si, dans certains villages, la peste ne semble faire qu'une apparition assez timide, dans d'autres, comme à Vérossaz ou à St. Maurice, elle provoque la perte de 30 voire 40% de la population. Globalement, l'on peut admettre avec une assez bonne marge de certitude, qu'au moins un tiers de la population valaisanne a disparu à la suite du fléau. Il s'agit d'une proportion, il est vrai, inférieure à celle estimée pour la Savoie, mais qui se rapproche fortement de celle que les historiens ont avancée pour le Piémont.

Une autre source largement exploitée par Dubuis et qui a sans aucun doute apporté d'intéressants résultats à l'enquête, est représentée par les testaments. Les

presque 2200 actes qui s'étendent entre 1300 et 1500 ont permis à l'auteur d'approfondir le profil de la pratique testamentaire, ainsi que quelques caractéristiques démographiques de la population valaisanne de l'époque. Les estimations du «taux de remplacement des générations» révèlent qu'à partir du début du XVe siècle le nombre des fils présents au moment du décès de leur père s'accroît rapidement, indice d'une reprise démographique vigoureuse après les années sombres de la deuxième moitié du XIVe siècle. Le recul des épidémies et le nouvel élan démographique ne donnent toutefois pas naissance, selon Dubuis, à de nouvelles dynamiques de population; les structures du système se remettent en place comme auparavant, en relançant un nouveau cycle de croissance.

Finalement, le portrait esquissé par Dubuis vient effacer définitivement l'image du monde alpin comme monde immuable; au contraire, au-delà des différences locales, la similitude de ces cycles démographiques avec ceux des régions avoisinantes révèle un espace fortement intégré dans le contexte européen, espace constitutif de l'histoire des trafics, des échanges économiques et socioculturels des régions du continent.

Luigi Lorenzetti (Université du Québec-Chicoutimi)

PIERRE DUBUIS
LES VIFS, LES MORTS ET LE
TEMPS QUI COURT
FAMILLES VALAISANNES 1400–1550

CAHIERS LAUSANNOIS D'HISTOIRE MÉDIÉVALE 16,
LAUSANNE 1995, 318 P., FS 30.–

Comme le dit Dubuis, ce livre est le frère jumeau du livre paru en 1994 dans la même collection (n. 13). Il représente en fait la continuation «logique» de l'ou-

vrage précédent en se proposant d'aller au-delà de la dimension purement démographique et quantitative de l'histoire de la population valaisanne du bas Moyen Age et du début de l'époque moderne. Au centre de l'intérêt de Dubuis, il y a cette fois la vie de la population dans sa quotidienneté et surtout dans les moments centraux du cycle de vie: la naissance, le mariage, la mort.

A ce propos, l'auteur a réuni un corpus d'environ 500 actes rédigés au XVe et au XVIe siècles par des notaires du Valais central et qui ont permis de jeter un peu de lumière sur la réalité de la vie familiale de cette époque. Naturellement, ce n'est pas de la famille valaisanne qu'il s'agit, mais de quelques familles valaisannes, notamment des plus chanceuses; celles qui au sortir du XIVe siècle bénéficient de la restructuration du système économique pour accumuler des fortunes discrètes qu'elles gèrent devant la table d'un notaire.

Le travail de Dubuis n'est pas sans risques: la difficulté de constituer des corpus homogènes et suffisamment élargis aurait pu orienter le travail vers une sorte de récit de vie, de description de la quotidienneté. De fait, l'on ressent ici et là une insistance presque excessive vers le cas particulier et le détail. Il faut néanmoins souligner que l'auteur s'aventure dans un terrain pratiquement vierge: en effet, les Alpes des XVe et XVIe siècles n'ont encore attiré que peu d'historiens. Toute information, même celle qui à première vue pourrait sembler la plus banale, doit donc être considérée comme un pas en avant en direction d'une meilleure connaissance du milieu alpin de cette époque.

Le livre, comme on l'a dit, est structuré autour des différents moments qui scandent les étapes de la vie: la naissance, le baptême et l'enfance, avec leurs croyances et leurs traumatismes (l'on pense

notamment aux cas d'avortement et d'infanticide documentés par Dubuis), le mariage avec ses rites et ses coutumes, la vie de couple et familiale avec ses règles, ses conflits et ses compromis et, enfin, la maladie, la vieillesse et la mort. A travers ces moments, l'auteur s'efforce d'intégrer les parcours individuels dans le contexte des contraintes liées aux aléas démographiques et à celles imposées par les politiques familiales. Les pages de l'historien lausannois révèlent un univers à la fois complexe et fortement structuré dans lequel l'individu se trouve constamment défini par rapport aux «raisons de famille». Ainsi, déjà lors du baptême, l'attribution du prénom a comme fonction non pas d'individualiser le bébé, mais plutôt de l'intégrer dans le groupe parental et familial, de l'insérer dans une généalogie. Dans le même sens, le choix des parrains et des marraines est fait en fonction de s'assurer de l'aide et des conseils que ceux-ci pourraient être amenés à prodiguer en cas de mort des parents biologiques.

Les «raisons de famille» émergent encore plus fortement au moment du mariage; un moment conçu avant tout comme une affaire entre deux familles et seulement dans un deuxième temps comme l'union de deux personnes. Mais le mariage représente également un moment paradoxal du fait que les intérêts familiaux butent contre les règles de l'Eglise qui proclame la nécessité du consentement mutuel et librement échangé entre les époux. Le conflit se résout en général en faveur de la «raison de famille» soutenue par le poids des contraintes sociales et par l'indispensable autorisation paternelle. Il n'en reste pas moins qu'un certain éventail de choix laisse la porte ouverte aux préférences et aux attirances individuelles. Les notes que le notaire Nicolas Nanset écrit au début du XVIe siècle au moment du décès de son épouse devraient nous inviter à relire avec



prudence les hypothèses de Shorter et des historiens qui font remonter la naissance du mariage d'amour au XVIIIe siècle. Il en va de même pour les cas de concubinage: des situations qui souvent naissent sous le signe de l'affection qui existe entre les partenaires et que la société semble «tolérer», mais qui suscitent les résistances de la famille lorsque la naissance d'un «bâtard» vient mettre en question l'intégrité du patrimoine familial.

La vieillesse et la mort qui ferment le cycle de la vie représentent les dernières étapes du récit. A ce propos, Dubuis insiste sur le caractère débilitant de la vieillesse qui, en enlevant les forces et les capacités productives, réduit l'individu dans une position de dépendance et de perte d'autonomie. Malgré le fondement hiérarchique et symbolique de l'ordre social, le «status» personnel continue à être soumis aux lois de la vie biologique. L'une des armes les plus efficaces qui restent aux vieillards pour organiser leur vieillesse est celle qui lie la donation du patrimoine à l'un des fils avec la stipulation d'un contrat d'entretien viager. Bref, contrairement à certains a priori, dans la société prémoderne, la vieillesse est vécue comme un handicap qui mine le «status» personnel en lui enlevant son fondement: la force économique.

Le «status» représente finalement le mot-clé de cette société qui, malgré sa vitalité économique, reste fortement ancrée dans le monde médiéval. Par ailleurs – et c'est l'une des conclusions les plus significatives de l'étude de Dubuis – les intérêts familiaux, poursuivis et mis en œuvre à travers les stratégies foncières, matrimoniales et successorales, semblent s'orienter moins dans le sens de la recherche d'une meilleure vie ou de la richesse que vers le maintien de son propre «status».

Luigi Lorenzetti (Université du Québec-Chicoutimi)

SOCIÉTÉS ET CABINETS DE LECTURE ENTRE LUMIÈRES ET ROMANTISME

ACTES DU COLLOQUE ORGANISÉ À GENÈVE PAR LA SOCIÉTÉ DE LECTURE LE 23 NOVEMBRE 1993
SOCIÉTÉ DE LECTURE, GENÈVE 1995, 156 P.

Peu satisfait des services de la Bibliothèque publique et désespérant de réussir à les améliorer, le célèbre botaniste genevois Auguste Pyramus de Candolle fonda, en 1818, la Société de Lecture. C'est à l'occasion de son 175e anniversaire que celle-ci a organisé ce modeste colloque. Modeste par le nombre des intervenants (dix), mais remarquablement bien équilibré quant aux diverses approches: études locales, comparaisons avec d'autres pays, avec le reste de la Suisse.

Les origines sociales des quelque deux cents membres de la Société de Lecture en 1818–1819, qui se recrutent essentiellement dans le patriciat et dans les milieux aisés de la bourgeoisie, comme le montre D. Hiler, la composition du catalogue en 1839, analysée par E. Burgy et une étude sur les bibliothèques populaires et la lecture publique à Genève, que son auteur a malheureusement publiée dans un autre recueil, constituent, pour le XIXe siècle, le volet proprement genevois. Recourant à une vaste documentation qu'il utilise avec prudence, M. Neuenschwander montre, pour la seconde moitié du XVIIIe siècle, combien le cercle des lecteurs demeure limité, malgré le taux relativement élevé d'alphabétisation. La fameuse «brochuromanie» genevoise, que l'on retrouve au XIXe siècle, demeure majoritairement le fait d'un «groupe restreint d'auteurs-rédacteurs qui, pour la plupart, ont usé leurs fonds de culotte sur les bancs de l'Académie.» S'y ajoutent «quelques originaux, une poignée d'auto-didactes, ou supposés tels parce que leur

nom ne figure pas dans le Livre du rec-
teur.» Après avoir rappelé que cette pé-
riode est marquée par le déclin de la «li-
brairie» genevoise, l'auteur examine l'ac-
tivité des loueurs (ou souvent loueuses)
de livres, à peine une dizaine, dont le
métier est réglementé et contrôlé par les
pouvoirs publics. C'est à deux de ces
«cabinets littéraires» qu'est consacrée la
contribution de J.-D. Candaux. Pour en
revenir à celle de M. Neuenschwander,
dont on ne peut suivre ici tous les déve-
loppements, son mérite essentiel nous
semble résider dans le fait de soumettre à
la critique historique un certain nombre
de témoignages de contemporains, passés
à l'état de clichés et incorporés aux
mythes de Genève.

En tête de recueil, B. Lescaze passe
en revue les problèmes de la lecture en
Suisse «entre lumières et romantisme»,
tout en se référant aux résultats des re-
cherches en d'autres pays. Il convient
également de mettre en exergue l'étude
de M. Schlup sur Jacques Sandoz
(1664–1738), notaire et perruquier à la
Chaux-de-Fonds, grand amateur de livres
et de gazettes, qui nous a laissé un journal
où, à côté de tous les événements de sa
vie quotidienne, il a relevé ses lectures, la
façon dont il se les procurait et les con-
ditions dans lesquelles il s'y adonnait. Un
document rêvé pour un tel colloque...

Deux éminents spécialistes français
apportent un élément de comparaison
internationale: F. Parent-Lardeur sur les
cabinets de lecture en France dans le pre-
mier tiers du XIXe; R. Chartier avec un
essai de typologie des sociétés et cabinets
de lecture en Europe au XVIIIe siècle. Un
«essai de bibliographie», par F. Christen,
conclut ce livre, petit par son nombre de
pages, mais dont le contenu riche et varié
ouvre des perspectives de recherches
nouvelles.

WALTER HAUSER

BITTERKEIT UND TRÄNEN

SZENEN DER AUSWANDERUNG AUS DEM TAL DER LINTH UND DIE AUSSCHAFFUNG DES HEIMATLOSEN SAMUEL FÄSSLER NACH AMERIKA

LIMMAT VERLAG, ZÜRICH 1995, 161 S., 37 ABB., FR. 32.–

«Dieses Buch erzählt nicht die Geschichte
von Helden und ihren Ruhmestaten. Es
erzählt die Geschichte der Armen und
Erniedrigten, die in Amerika ein besseres
Leben suchten. Ihr Schicksal erinnert uns
daran, dass die Schweiz noch im 19. Jahr-
hundert ein Auswanderungsland war.» So
umschreibt das Vorwort die Akzent-
setzungen.

Der Text liest sich leicht. Der Journa-
list Walter Hauser versteht sein Hand-
werk. Im Vorwort erklärt er, das Buch sei
faktengetreu aber ohne wissenschaftlichen
Anspruch geschrieben. Er wolle in erster
Linie Denkanstöße vermitteln. Er ver-
weist auch auf bisher wenig beachtete
Quellen aus dem Justizbereich. Deren
Auswertung führe zu häufigen Wider-
sprüchen zur bisherigen Geschichts-
schreibung.

Das Buch ist für ein breites Publikum
geschrieben. Diese Absicht wird durch
die reiche Illustrierung unterstützt. Der
gute Verkaufserfolg zeigt, dass Autor und
Verlag in der Produktgestaltung richtig
lagen. Historische Publikationen haben es
häufig schwer, eine grössere Leserschaft
zu erreichen. Könnte hier das Buch des
Journalisten Vorbild und Ansporn für
FachhistorikerInnen werden?

Vieles von dem, was Walter Hauser
über die Situation im Glarnerland in der
Mitte des 19. Jahrhunderts schreibt, ist
bekannt. Es seien da genannt: der Bevöl-
kerungsdruck, die Massenarmut und das
Bettlerwesen, die Diskussionen um die
Auswanderungsagenturen und die staat-
liche organisierte Auswanderung, die
Krise in der Heimweberei, die Kartoffel-



krankheit, die Mitfinanzierung durch die Gemeinden, um Unterstützungsbedürftige loszuwerden, die krasse Benachteiligung der Nicht-Bürger.

Wenig bekannt oder neu sind: die Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der staatlich organisierten Lebensmittelversorgung, der Widerstand gegen die militärischen Verpflichtungen des Standes Glarus gegenüber der Eidgenossenschaft, die Untersuchungs- und Gerichtspraxis gegenüber randständigen Personen, das Einzelschicksal von Samuel Fässler.

Was ist nun übers Ganze gesehen der Gewinn dieses Buches? Sicher gibt es auf unterhaltsame Weise einen gewissen Einblick in die Lebensverhältnisse zwischen 1840 und 1865. Letztlich ist das Buch aber wenig mehr als eine Ansammlung von Skandalgeschichten. Man bekommt den Eindruck, alles, was dem Autor aus dieser Sparte in die Finger kam, habe Aufnahme gefunden. Als Beispiele seien genannt: eine Kindstötung auf der Alp, Heinrich Hösslis Buch über die Männerliebe, Wucher mit Geistaustreibungen oder Diebstahl durch auswärtige Juden.

Wer hingegen nach zuverlässigen Informationen zu so wichtigen Themen wie den Auswanderungsvereinen, die Finanzierung durch die Gemeinden oder die Bevölkerungspolitik sucht, wird enttäuscht. Die Darstellung der Sachverhalte ist über verschiedene Kapitel verstreut, widersprüchlich und bruchstückhaft. Die Möglichkeit, Verknüpfungen vorzunehmen wird verpasst. So ist Fridolin Schuler nicht irgendein Arzt aus Mollis, sondern der spätere eidgenössische Fabrikinspektor. Oder die Söhne von Heinrich Hössli gehören ins Umfeld des reich gewordenen Auswanderers Heinrich Rosenberger.

Walter Hauser gelang ein unterhaltssamer Bericht. Aus historischer Sicht fehlt aber die wirkliche Verarbeitung des

Materials. Die Forschungslücken in der Glarner Auswanderungsgeschichte bleiben.

August Rohr (Diesbach GL)

BARBARA KOLLER
«GESUNDES WOHNEN»
EIN KONSTRUKT ZUR VERMITTLUNG
BÜRGERLICHER WERTE UND
VERHALTENS NORMEN UND SEINE
PRAKTISCHE UMSETZUNG IN DER
DEUTSCHSCHWEIZ 1880–1940

CHRONOS, ZÜRICH 1995, 362 S., FR. 59.–

Beim Lesen von Barbara Kollers Dissertation über das ideologische Konstrukt des «Gesunden Wohnens» fühlte ich mich unweigerlich an die Kontrollgänge der Feuerpolizei erinnert, die sich in der letzten Zeit an meinem Wohnort häuften. Ich fragte mich plötzlich, ob die amtlichen Heimsuchungen wirklich dem Brandschutz dienen. Denn eigentlich erachtete niemand im Haus die Topfpflanzen, die wir auf Geheiss der Feuerpolizei aus dem Treppenhaus entfernen mussten, als Gefährdung. Zudem fiel mir auf, dass ich an meinen früheren Adressen nie solche Kontrollen erlebt hatte. Stehen sie vielleicht in einem Zusammenhang mit meiner jetzigen Wohnumgebung, dem Zürcher Randständigenquartier Ausser-sihl? Oder haben sie womöglich sogar mit meinem Einbürgerungsgesuch zu tun?

Diese vorweggenommen Überlegungen zeigen deutlich, welche Aktualität die Forschungen von Barbara Koller haben. Mit ihrer präzisen Analyse der Verwaltungsverfahren des Basler Gesundheitsamtes liefert sie weit mehr als eine kenntnisreiche Detailstudie. Ihr Buch zeigt vielmehr in geradezu paradigmatischer Form die komplexen Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Werten, gesetzlichen Normen sowie privatem und

staatlichem Handeln auf. Die Studie ist aber nicht nur deshalb relevant. Barbara Koller leistet einen hervorragenden Beitrag zur schweizerischen Sozial- und Alltagsgeschichte, indem sie die überlieferten Akten der Basler Wohnungskontrolle von 1907 bis 1934 akribisch durchforstet und mit grosser Umsicht interpretiert. Sehr zum Vorteil der abschliessenden Deutung der Resultate erweist sich auch die Einbettung dieser Analyse in den breiteren wissenschafts- und sozialgeschichtlichen Kontext, dem die erste Hälfte des Buches gewidmet ist.

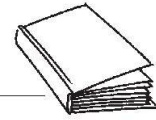
Dieser erste Teil beginnt mit methodischen und begrifflichen Überlegungen und geht dann auf die Lebenslage der expandierenden städtischen Unterschichten ein. Er behandelt die Entstehungsgeschichte der wissenschaftlichen Disziplin der Hygiene und zeigt deren Verknüpfungen mit den sozialpolitisch engagierten Ökonomen aus dem Umfeld der sogenannten Kathedersozialisten. Eingegangen wird auch auf die in der Schweiz verschiedenorts durchgeführten Wohnungsenqueten, welche nicht zuletzt einen Professionalisierungsschub der amtlichen Statistik ermöglichten. Fortgesetzt wird die Analyse mit Hinweisen auf die Praxis der Wohnungsaufsicht in Basel, St. Gallen und Zürich. Genauer analysiert wird der Abstimmungskampf über das erste, in der Referendumsabstimmung abgelehnte Basler Wohnungsgesetz (1900).

Im Übergang zum zweiten Teil des Buches wird den bürgerlichen Normen nachgespürt, welche durch die Wohnungsenqueten und die Wohnungsaufsicht verbreitet werden sollten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die physische und psychische Arbeitsfähigkeit, an der der Staat interessiert ist und durch die das Konzept der Volksgesundheit gefördert wird. Der Begriff der Arbeit erhält in diesem Normenkatechismus eine ebenso

wichtige Rolle für die Identitätsfindung wie die geschlechtliche Rollenzuweisung in der Kernfamilie. Gerade letztere widersprach teilweise massiv den bisherigen Gewohnheiten der aus einem ländlichen Kontext zugewanderten städtischen Unterschichten.

Der eigentliche empirische Teil von Barbara Kollers Arbeit umfasst vier Teile: Erstens schildert sie die institutionellen Rahmenbedingungen und die Kontrollverfahren. Im Zentrum der Analyse stehen Personen oder Familien, die Kost- oder Schlafgänger bzw. Kost- oder Schlafgängerinnen beherbergen oder solche, die Kost- und Pflegekinder haben oder in irgendwelche andere hygienische Verfahren verwickelt sind. Zweitens und drittens kommt das Verwaltungshandeln und dessen Verteidigung im Fall von Rekursen zur Darstellung. Es zeigt sich dabei, dass die Entscheidungen der Wohnungsaufsicht fast unanfechtbar sind, u. a. weil keine unabhängige Verwaltungskontrolle besteht. Die fehlende Einsichtsmöglichkeit in die Akten, die Methoden der Bespitzelung und die dabei waltende Willkür erinnern sehr an die Überwachungsapparate in totalitären Systemen. Die Untersuchung weist auch auf die Mechanismen der Unterordnung hin, die der Staat hiermit auf die Ausgegrenzten anwendet.

Viertens schliesslich geht Koller auf die Klagenden und die Beklagten ein. Sie entwirft dabei ein vielschichtiges Bild, welches zeigt, wo, von wem und warum «ungesundes Wohnen» beanstandet wird. Interessant ist dabei, dass ein grosser Teil der Klagen von Nachbarinnen und Nachbarn ausgeht. Offensichtlich bedienen sich viele Unterschichtsangehörige der Klagemöglichkeit im Wohnungsgesetz dann, wenn sie ihnen ermöglicht, sich an ihren Vermieterinnen oder Vermietern schadlos zu halten oder sich statusmässig abzugrenzen.



Dieses Stichwort – auf eine andere Ebene transponiert – passt auch zur einzigen fundamentalen Kritik, die an Barbara Kollers Arbeit geübt werden kann: Während der zweite quellennahe Teil sehr leserlich ist, kommt der erste Teil streckenweise in einem derart verklausulierten, «wissenschaftlichen» Sprachstil daher, dass er für ein breiteres Publikum nur schwer verdaulich ist. Gerade bei diesem sehr interessanten Thema ist dies bedauerlich, weil die Rezeption dadurch stark eingeschränkt wird. Einer der Höhepunkte dieser akademischen Sprachspiele ist folgender Satz: «Sozialpolitisches und sozialpsychologisches Ziel musste demnach sein, über die soziale Disziplinierung einerseits die Nichtkoinzidenz individuellen Verhaltens zu beseitigen, um damit andererseits den in einem umfassenderen Rahmen nötigen sozialen und mentalen Konsens zu erreichen.» Letztlich weisen solche Formulierungen, die typischerweise in Abschlussarbeiten und Dissertationen nie auf die kritischen Augen eines Lektors oder einer Lektorin treffen, auf die prekären Produktionsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses hin. Da liegt die Autorin des besprochenen Buchs gar nicht so weit von den beschriebenen Unterschichten entfernt, wenn auch ein paar Fahrstuhltagen höher. Während die bedrängten Arbeiterinnen und Arbeiter mittels Nachbarschaftsklagen aus der elenden Masse hervorzustechen versuchten, geht es in Dissertationen meist darum, sich von den heute normal gewordenen Akademikermassen abzuheben.

Franz Horvath (Zürich)

VICTOR MONNIER
WILLIAM E. RAPPARD
DÉFENSEUR DES LIBERTÉS, SERVI-
TEUR DE SON PAYS ET DE LA COM-
MUNAUTÉ INTERNATIONALE

SLATKINE, HELBING & LICHTENHAHN, GENÈVE-BÂLE,
INSTITUT UNIVERSITAIRE DE HAUTES ÉTUDES INTER-
NATIONALES 1995, 906 P., FS 52.–

Le titre de cet épais volume est quelque peu hagiographique; mais on aurait tort de s'y arrêter. Il s'agit en fait d'une es-pèce de chronique biographique détaillée et minutieuse, écrite en se fondant sur les abondantes archives personnelles et publications de Rappard, ainsi que sur les documents des institutions et organismes des plus variés dans lesquels il a exercé son activité. L'auteur définit ainsi sa «méthode de travail»: «L'historien n'a ni à plaider, ni à juger, mais doit, à l'exemple du juge d'instruction, réunir de manière impartiale et objective les éléments qui permettent au lecteur de forger sa propre opinion. La tâche de l'historien ne consiste pas à vérifier des hypothèses préalablement émises, mais à essayer de connaître et de comprendre la réalité passée.» Ce sont là des propos qui disqualifieront peut-être leur auteur aux yeux de certains, toujours prêts à exorciser le démon positiviste et qui oublient ou ignorent que l'image du juge d'instruction fut aussi employée par Marc Bloch. Néanmoins, il faut bien reconnaître que, chargé d'une tâche bien précise par le «Curatorium pour l'élaboration de la biographie de W. E. Rappard», V. Monnier a choisi sans doute la meilleure solution, face à une masse documentaire si importante. S'il voulait, conformément à son mandat, écrire, en quelques années, un ouvrage de référence sur Rappard, il ne pouvait guère faire autrement. Chronique de la vie publique d'un homme qui fut à la fois juriste, économiste, historien, spécialiste des

relations internationales, universitaire, chargé de missions politiques importantes et, à ce titre, négociateur, homme d'influence et d'action, ce livre constitue une mine de renseignements. Et c'est à ce titre qu'il sera utile aux chercheurs; ils y trouveront un riche matériel à partir duquel ils pourront explorer des pistes nouvelles dans les domaines si variés dont s'est occupé Rappard. Ajoutons enfin qu'une version plus complète encore peut être consultée dans les archives et bibliothèques fédérales et genevoises: «Matériaux pour servir la biographie de W. E. Rappard».

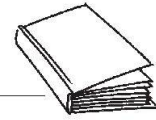
Né à New York, où son père représentait une maison de broderie appenzeloise et avait ouvert un bureau d'affaires, venu en Suisse romande en 1898, à l'âge de quinze ans (après pas moins de dix-sept traversées de l'Atlantique avec ses parents), W. Rappard est naturellement trilingue et peut se réclamer de trois cultures. A cet extraordinaire avantage s'ajoute une non moins extraordinaire capacité à nouer des relations, qualités qui le serviront grandement dans ses fonctions de négociateur et de chargé de relations publiques, comme on le verra plus loin. Né dans un milieu aisé et cultivé, allié par son mariage aux familles du patriciat genevois, il put développer sa personnalité et son appétit de savoir sans souci des contraintes matérielles.

Après des études de droit à Genève, il passe à Berlin, Munich, Harvard, Paris et Vienne, s'intéressant plus particulièrement aux théories économiques: école historique allemande, néoclassiques américains, marginalistes. Ces années de formation se poursuivront jusqu'en 1913, bien qu'il eût travaillé à l'Office international du travail, à Bâle, effectué un remplacement à l'université de Genève et enseigné comme professeur assistant à Harvard. C'est à la fin de cette époque qu'il entreprend sa vaste étude sur le

«Facteur économique dans l'avènement de la démocratie moderne en Suisse», dont seule la partie consacrée à l'agriculture au XVIII^e siècle sera achevée. Nommé à la chaire d'histoire économique à l'université de Genève en 1913, il fait encore paraître la «Révolution industrielle et les origines de la protection légale du travail en Suisse», certainement, avec le précédent, son meilleur ouvrage. Par la suite, sans renoncer complètement à des recherches originales, Rappard n'a plus entrepris de travaux de cette ampleur, absorbé par d'autres tâches.

En effet, pendant la guerre, il intervient politiquement dans le domaine culturel, à propos du fossé qui se creuse entre la Suisse allemande et la Suisse française; en 1917, le Conseil fédéral le charge, avec deux autres personnes, d'une mission officieuse aux Etats-Unis, pour y expliquer au monde politique la position de la Suisse. A son retour, il fera de même pour la grande république américaine. En 1918, nouvelle mission aux USA, pour des questions économiques, mais en réalité pour examiner de plus près les projets de Wilson quant à la SDN et pour sonder ses dispositions à l'égard de la Suisse. En 1919, c'est à la conférence de la paix de Paris qu'il est envoyé comme représentant officieux. L'auteur nous fait suivre de près, parfois heure par heure, ces négociations, n'hésitant pas à entrer dans les détails les plus concrets, tel ce: «Rappard décide d'aller se coucher» (226), concluant le récit d'une journée bien remplie à Paris. Tout cela pourra paraître fastidieux à nombre de lecteurs, mais intéressera certainement le spécialiste des relations internationales, car cette forme particulière de la diplomatie, dont la Suisse a souvent usé, n'est pas toujours perceptible à partir des sources ordinaires.

Dans les organisations internationales, à la SDN, dans la commission des man-



dots, puis, après la Seconde Guerre mondiale, au BIT, Rappard jouera aussi un rôle important. On relèvera à ce propos que, homme de son temps, il a singulièrement méconnu l'importance du mouvement de décolonisation.

Fondateur de l'Institut universitaire de hautes études internationales (on trouvera, dans ce livre, le récit des tractations avec les autorités cantonales et fédérales, ainsi qu'avec la fondation américaine qui subventionne), l'un des créateurs de la Société du Mont-Pélerin (1947), cette espèce d'Internationale du libéralisme, Rappard est intimement associé aux initiatives les plus diverses. Le destin semble même parfois se complaire à le mêler aux grands événements du siècle. Se rend-il à Alger pour y recevoir un doctorat honoris causa (il faut lire les extraits de son discours de remerciement, petit chef-d'œuvre de diplomatie conciliant le pétainisme de rigueur et le libéralisme traditionnel de la Suisse), que, le lendemain de la cérémonie, débarquent les troupes américaines...

Ajoutons encore que, souvent, les jugements de Rappard sont singulièrement perspicaces. Qu'il nous suffise, pour terminer, de citer ce passage d'une lettre d'octobre 1942: «N'est-il pas évident, à tout esprit non prévenu, que la Suisse, petit pays neutre entouré en fait par un seul belligérant, et seul des pays voisins de l'Allemagne qu'elle n'ait pas occupé jusqu'ici, n'est pas en fait le maître de sa politique? La contrainte politique et stratégique qui pèse sur nous est, à vrai dire, la seule explication et la seule excuse de notre attitude. Mais l'avouer paraît à ces messieurs de Berne faire preuve d'un manque de dignité nationale. Grâce à un certain patriotisme de tir fédéral, ils aiment mieux mettre leurs abdications sur le compte du libre exercice de leur souveraineté que sur celui de leur impuissance. Il n'en résulte

nullement une plus grande autonomie effective, mais au contraire une servilité d'autant moins glorieuse qu'elle se donne pour volontaire.» (560)

Marc Vuilleumier (Genève)

Ueli Haefeli
MÜNCHENBUCHSEE
EIN DORF WIRD VORSTADT.
SUBURBANISIERUNG AM BEISPIEL
DER BERNISCHEN AGGLOMERATIONSGEMEINDE MÜNCHEN-
BUCHSEE

CHRONOS, ZÜRICH 1996, 366 S., FR. 68.-

Die zehn Kilometer von Bern entfernte Gemeinde Münchenbuchsee war bis zum 2. Weltkrieg eine eigenständige Landgemeinde mit Zentrumsfunktion für die umliegenden Dörfer. Dann setzte ein v. a. durch Zuwanderung verursachtes Bevölkerungswachstum ein, das in den 1960er/70er Jahren seinen Höhepunkt erreichte und von 1940 bis 1990 zu einer Vervierfachung der Einwohnerzahl (1990: 8878) führte. Das Dorf wurde – rund zehn Jahre nach Zollikofen und einige Jahre vor dem etwas entfernter gelegenen Jegenstorf – zu einer Agglomerationsgemeinde. Die vorliegende Publikation, bei der es sich weniger um eine herkömmliche Ortsgeschichte als vielmehr um eine auf die Umweltgeschichte fokussierende und im Diskussionszusammenhang des «1950er Syndroms» stehende Dissertation (Bern 1994) handelt, macht es sich zur Aufgabe, diesen Wachstumsprozess im Sinne eines Fallbeispiels «interpretierend nachzuzeichnen. Dazu wurden drei sich ergänzende Perspektiven gewählt», nämlich «die Perspektive der Umwelt der Menschen», «die Perspektive der Gesellschaft» und «die Perspektive der Individuen».

In der Einleitung gibt der Autor – vorwiegend anhand von statistischen Daten – einen Überblick über die Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft und Politik seit 1940. Anschliessend untersucht er in drei Hauptkapiteln den Landschaftswandel, die Ortsplanung und den gesellschaftlichen Wandel. Mit Hilfe von schriftlichen Quellen und Kartenvergleichen, v. a. aber anhand historischer Fotografien und deren Vergleich mit exakten Bildrekonstruktionen aus der Gegenwart, veranschaulicht er die Veränderungen von Siedlung und Landschaft. Deutlich wird u. a., wie die Bedürfnisse des zunehmenden Automobilverkehrs das Ortsbild prägten und wie die rasante, kaum reglementierte Wohnbautätigkeit die traditionelle Siedlungsstruktur zerstörte, indem etwa landwirtschaftliches Kulturland mitten im Siedlungsgebiet erhalten blieb. Erst die 1979 verabschiedete Zentrumsplanung, die im Gegensatz zu früheren Planungsvorhaben Ausdruck einer gewissen Wachstumsskepsis war und Gewicht auf die Erhaltung bzw. qualitative Verbesserung von Ortsbild und Dorfkern legte, bot Handhabe zu einer Abrundung des Siedlungsgebiets. Der Autor hält fest, dass zum beschleunigten Wachstum der 1960er Jahre für die Gemeinde keine Alternative bestand, doch bilanziert er, dass die Gemeindebehörden den bei der Gestaltung dieses Wachstums zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum schlecht nutzten. Als zentrale Gründe dafür nennt Haefeli die generelle Skepsis gegenüber Planungsvorhaben, welche eher als Fremdbestimmung, denn als Chance wahrgenommen wurden; die alteingesessene politische Führungsschicht, die einerseits am romanisierenden Bild vom überschaubaren Dorf «Alt-Buchsi» festhielt und andererseits am Wachstum, d. h. an Baulandverkauf und Bautätigkeit, verdiente; schliesslich den Interessenkonflikt zwischen

Alteingesessenen und Neuzugezogenen, der klare politische Entscheide und eine effiziente Planung lange Zeit blockierte.

So einleuchtend diese Feststellungen klingen: Überzeugend herausgearbeitet und mit Quellen belegt werden sie kaum. Unter dem Titel «Gesellschaft im Wandel» untersucht der Autor anhand von drei Konflikten (Elektrifizierung 1900, Schulhausbau 1955, Robinsonspielplatz 1980) die dörflichen Sozialstrukturen. Grundlage der Untersuchung sind neben Protokollen und Akten der Gemeindeverwaltung über 50 Oral History-Interviews, von denen 43 ausschnittsweise transkribiert und auf 147 Seiten abgedruckt wurden. Man kann sich fragen, ob die Publikation von Quellen, die zwar mit beträchtlichem Aufwand transkribiert worden, in historiographischem Sinn aber unbearbeitet sind, dem Publikum viel bringt. Sie hat aber insofern ihren Wert, als sie die subjektiven Erfahrungen zahlreicher DorfbewohnerInnen auch für spätere historische Untersuchungen zugänglich macht und gleichzeitig ermöglicht, die Interpretation des Autors anhand der (bei Oral History-Arbeiten sonst zumeist nicht einsehbaren) Quellen zu beurteilen. Eine solche Überprüfung fördert nun aber ausser kleineren Ärgernissen wie z. B. dem häufigen Verweis auf Interviews, die nicht abgedruckt wurden, einen unsorgfältigen und wenig überzeugenden Umgang mit den Aussagen zutage. Unsorgfältigkeit kennzeichnet darüber hinaus auch die Sprache und den dahinterliegenden, oftmals allzu unpräzisen Gedanken. So heisst es etwa mit Bezug auf die kommunale Fürsorge während der Weltwirtschaftskrise: «Dieser Mechanismus, der öffentliche Unterstützung mit einem Verlust an sozialem Status verband und dagegen selbstgetragene Armut als geachteten sozialen Status betrachtete, diente also der Privatisierung materieller Not und dürfte die Gemeindekasse gewal-



tig entlastet haben.» Man fragt sich, ob privatisiert werden kann, was noch gar nicht als öffentliche Aufgabe bzw. als individueller Rechtsanspruch gegenüber der Öffentlichkeit anerkannt worden ist, und ob die Gemeindekassen punkto Sozialausgaben in den 1930er Jahren entlastet wurden oder ob sich diese «Entlastung» nicht erst aus dem ahistorischen Vergleich mit der Gegenwart ergibt.

Mit der Unterscheidung zwischen Retrospektive und vergangener Wirklichkeit tut sich der Autor jedoch schwer. So deutet er die – durch kalten Krieg und Sozialpartnerschaft überformten und deshalb ambivalenten – Aussagen eines Arbeiters über Klassengegensätze in der Zwischenkriegszeit als schon damals «für den einzelnen Arbeiter oft kaum durchschaubare Mischung zwischen Abgrenzung und Solidarität» gegenüber den Bauern. Es scheint, dass Haefeli hier seinen eigenen Mangel an Übersicht zum Problem seiner InterviewpartnerInnen macht. Unter dem Titel «Unübersichtlichkeit» hören wir nämlich von «Selbstverortungsproblemen gewisser Unterschichten als verunsicherndes Element», und unter dem Titel «Gewissheiten» erfahren wir, dass die geschlechtsspezifische Rollenverteilung früher noch eindeutig war.

Die Abschnitte über die Auseinandersetzungen um Schulhaus und Robinsonspielplatz sind dagegen klarer, und der Autor hält – etwa am Beispiel der gemeindepolitischen Karriere eines Neuzuzügers – einige interessante Beobachtungen zum Verhältnis zwischen Einheimischen und Zugezogenen fest. Insgesamt aber ist die vorliegende Untersuchung primär eine anschauliche Dokumentation des beschleunigten Wachstums, während sie kaum etwas zu erklären vermag. Dies hat m. E. zwei Gründe. Erstens zeigt Haefeli weder ein Sensorium für Ambivalenzen und Zwischentöne in den Aussagen seiner InterviewpartnerInnen noch

bemüht er sich darum, den umfangreichen Quellenkorpus systematisch auszuwerten. Spannend wäre es z. B., den durchaus vorhandenen Hinweisen auf Problematik und Erosion vermeintlicher «Gewissheiten» nachzugehen. Und fruchtbar könnte es sein, nach allfälligen Zusammenhängen zwischen inhaltlichen Aussagen und soziodemographischen Daten der Interviewten wie z. B. Alter, Geschlecht, Beruf oder Herkunft zu fragen. Dann nämlich könnte man das eindimensionale Konfliktmodell «Einheimische vs. Zugezogene» differenzieren und zumindest klare Hypothesen formulieren. So aber bleibt es bei vagen Vermutungen und einzelnen, mehr oder minder überzeugend interpretierten Aussagen, die in ein theoriegeleitetes Modell des gesellschaftlichen Wandels eingefügt werden. Und wenn sich die Aussagen als sperrig erweisen, dann wird nicht die eigene Konzeption hinterfragt, sondern es ist die Rede von der «eigentümlich verqueren Art und Weise, in welcher in Münchenbuchsee der Klassenkampf ausgetragen wurde.» Der zweite Grund liegt darin, dass die Geschichte nicht 1950 beginnt, auch wenn alle Kurven einen Knick nach oben machen. Dass bereits 1905 mehr DorfbewohnerInnen im 2. Sektor als in der Landwirtschaft arbeiteten, erfährt man nicht aus dem vorliegenden Buch, sondern aus der eidgenössischen Statistik. Und die – ebenfalls unerwähnte und folglich auch nicht problematisierte – Tatsache, dass die Zahl der Wohnhäuser zwischen 1900 und 1941 trotz stagnierenden Bevölkerungswachstums um über 60% zunahm, weckt auch an der These der für das «1950er Syndrom» symptomatischen, wenn nicht gar einzigartigen Entkoppelung von Siedlungs- und Bevölkerungswachstum gewisse Zweifel. Kein Wunder, gerät der Autor, der das 19. Jahrhundert grosszügig übergeht und dafür mehrmals die angeblich bis fast

zum 2. Weltkrieg reichenden Kontinuitäten des Ancien Régimes herausstreicht, bei der Darstellung der Zwischenkriegszeit ins Schleudern. Es ist ihm aber auch weniger um eine historische Untersuchung zu tun, als darum, Wachstum und Wandel zu bilanzieren: «Wiegen die materiellen Vorteile [...] den Verlust an naturnahen Landschaftsräumen auf [...]?» Die Bilanz fällt, wen wundert's, zwiespältig aus, und politisch redlich sind der Hinweis auf unsere Umweltprobleme und der Aufruf zur Besinnung. Einer fruchtbaren historischen Fragestellung kann dies aber im Wege stehen. So entsteht am Schluss denn der Eindruck, die für heutige Renaturierungsprojekte angeblich typische (implizite) Orientierung «an einer traditionellen, naturnahen Kulturlandschaft, wie sie die Landnutzung des 18. und frühen 19. Jahrhunderts hervor gebracht hatte», sei auch des Autors favorisierte Lösung aktueller Probleme.

Gregor Spuhler (Basel)

**MANFRED LINKE
SCHWEIZERISCHE AUSSEN-
POLITIK DER NACHKRIEGSZEIT**

ZÜRICH, RÜEGGER 1995, 708 S., FR. 82.–

Die bei Alois Riklin und Jürg Martin Gabriel in St. Gallen erstellte staatswissenschaftliche Dissertation von Manfred Linke zur Aussenpolitik der Schweiz nach 1945 verarbeitet über 2000, im Anhang chronologisch aufgelistete bundesrätliche Verlautbarungen zur auswärtigen Politik der Schweiz. Die Fülle der ausgewählten Zitate vermittelt einen quellennahen Einblick in den Wandel der amtlichen Argumentation zur Rechtfertigung jenes Teils der auswärtigen Politik, die der Bundesrat für öffentlich zumutbar hielt. Vom Bundesrat verschwiegene Aktionen schildert Linke teilweise gestützt auf die Literatur,

so anhand der Arbeit von André Schaller das Hotz-Linder-Agreement von 1951, worin die Schweiz den Nachvollzug des westlichen Technologie-Embargos gegen den Ostblock (Cocom) zusicherte, oder anhand der Dissertation von Theodor Winkler die Hintergründe der 1977 erfolgten Ratifizierung des Atomsperrvertrages von 1968. Auch andere, vom Bundesrat nur bruchstückhaft kommunizierte Aktionen wie das Washingtoner Abkommen von 1946 oder der 1973 in Helsinki eingeleitete KSZE-Prozess schildert Linke unter Beizug der Literatur. Er verzichtet indes auf eine Diskussion der Frage, aus welchem Grund sich der Bundesrat zu einem bestimmten Gegenstand äusserte oder nicht. Ebenso vermeidet er es, die fallweise beigezogene Literatur zu diskutieren. Überhaupt scheint die in der Geschichtsschreibung sonst übliche Methode der Quellenkritik der staatswissenschaftlichen Arbeit gänzlich unbekannt zu sein. Auch hielt es Linke nicht für nötig, sein Thema, die Aussenpolitik, zu definieren. Während er etwa auf Fragen der Einwanderung eingeht, deren aussenpolitischer Gehalt zu begründen wäre, scheint er die von der Schweiz im Ausland betriebene Kulturpropaganda oder die Teilnahme an grossen UNO-Konferenzen wie jene von 1975 zur Gleichstellung der Frauen in Nairobi nicht zur Aussenpolitik zu zählen.

Die Arbeit gliedert sich in die drei Perioden 1945–1959, 1960–1972 und 1973–1989. Im Schlussteil wirft Linke zudem einen Blick auf die aussenpolitischen Verlautbarungen von 1990 bis 1994. Während die Epochenscheide von 1945 zu diskutieren wäre – die Nachkriegsplanungen setzten bereits 1942/43 ein und fanden nach 1948 teilweise keine Fortsetzung mehr – erfolgte in den Jahren um 1960 tatsächlich eine grundlegende, bis heute nicht abgeschlossene Neuorientierung der Schweizer Aussenpolitik. Linke weist die damals erfolgte Rela-



tivierung des Unabhängigkeitsbegriffes, den erwachenden Willen zur Öffnung der Schweiz und den markanten Bedeutungsverlust des Bilateralismus zugunsten multilateraler Orientierungen nach. So meinte der Bundesrat in seinem Geschäftsbericht von 1965: «Früher waren die internationalen Beziehungen vorwiegend bilateraler Art. [...] Heute hat sich in dieser Beziehung ein Wandel vollzogen. [...] Während unsere direkten Auseinandersetzungen, namentlich mit unseren Nachbarn, an Gewicht verloren haben, werden die grossen Probleme in der Regel den internationalen Organisationen zur Behandlung zugewiesen.» Plausibel ist auch die Abgrenzung einer neuen Periode um 1972/73, erhielt die Schweizer Aussenpolitik doch nach der erfolgreichen Volksabstimmung von 1972 über das Freihandelsabkommen mit der EG einen neuen Schwung, der sich in einer intensivierten Menschenrechts-, Friedens- und Rüstungskontrollpolitik äusserte. Ungeachtet des Wandels pflegte der Bundesrat aber jeweils die Kontinuitäten zu betonen. So begründete er die 1981 erfolgte Weichenstellung zugunsten einer gleichberechtigten Mitwirkung der Schweiz in den Vereinten Nationen mit dem Argument: «Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Beitritt zur UNO nicht eine Neuorientierung der Aussenpolitik darstellt, sondern die logische Fortsetzung unserer bisherigen Bestrebungen.» Diese eigenwillige Begründung erfuhr indes eine gründliche Niederlage; 1986 sagten über 75% der Stimmenden und sämtliche Stände Nein zum UNO-Beitritt der Schweiz.

Im ersten Teil der Arbeit, der die Zeit zwischen 1945 und 1959 abdeckt, wertet Linke vorab die Geschäftsberichte des Bundesrats aus. Dazu kommen zentrale Botschaften wie jene zum Beitritt der Schweiz zum Internationalen Gerichtshof (1947) und zur rechtlichen Stellung der UNO-Organisationen in der Schweiz

(1955). Im zweiten und dritten Teil (1960–1972/1973–1989) liegen der Arbeit vorab die Botschaften zum Beitritt der Schweiz zur EFTA (1960), zum Europarat (1962), zum EWG-Freihandelsabkommen (1971), die drei UNO-Berichte (1969, 1971, 1977), die Botschaften zum Beitritt zur UNO (1981), zur Europäischen Menschenrechtskonvention (1968), zur Europäischen Sozialcharta (1983) und die diversen EG-Integrationsberichte und -botschaften zugrunde. Diese zusammenfassenden, teilweise sehr informationsreichen Texte ermöglichen Linke bundesrätliche Kommunikationslücken wie etwa zur Rüstungskontrollpolitik zu stopfen. So entnimmt Linke die Liste der ratifizierten Rüstungskontrollabkommen der UNO-Botschaft. Auf eine Konsultation der Amtlichen Rechtssammlung verzichtet Linke konsequent.

In jedem der drei Hauptteile, die den genannten Zeitabschnitten gewidmet sind, gliedert Linke seine Darstellung in drei konzentrische geografische Kreise: Das Verhältnis der Schweiz zu ihren Nachbarstaaten, zu Europa und Nordamerika und zur «ganzen Welt». Besonders viel Raum widmet Linke der Schweizer Aussenpolitik in bezug auf die Europäische Menschenrechtskonvention, den Europarat, den KSZE-Prozess und die Entwicklungspolitik. Andere Fragen wie die Stellung der Schweiz zum Kalten Krieg oder zur Blockfreienbewegung kommen wegen der genannten Quellenbasis kaum vor. Linke gelangen eine Anzahl schöner Gegenüberstellungen, die neben Kontinuitäten auch Brüche oder gar Inkonsistenzen sichtbar machen. So behauptete Volkswirtschaftsminister Ernst Brugger am 2. Dezember 1975 vor dem Nationalrat: «Wir haben noch nie Entwicklungsleistungen gesprochen mit der Bedingung: Ihr bekommt diese Hilfe unter der Voraussetzung, dass ihr diese Waren oder Dienstleistungen

bei uns in der Schweiz kauft», obschon der Bundesrat 1952 in seiner Botschaft über «die technische Hilfe der Schweiz an wirtschaftlich ungenügend entwickelte Länder» die von der UNO vertraglich zugesicherte Kondition erwähnte: «Mindestens 85% unseres Beitrages müssen für die Entschädigung schweizerischer Experten, für den Unterhalt von Stipendiaten, die zur Ausbildung unser Land besuchen, sowie für den Ankauf von in der Schweiz hergestelltem Ausrüstungsmaterial verwendet werden.» Erst Ende der 50er Jahre liess der Bundesrat diese Bedingung formal fallen, da sie real ohnehin stets übererfüllt wurde. An anderer Stelle weist Linke auf die 1962 gegenüber dem Europarat noch geäusserte «ängstliche Gesinnungsneutralität» hin. Damals befürchtete der Bundesrat bereits von einer blossen Stimmenthaltung gegenüber strittigen politischen Problemen Unannehmlichkeiten für die Neutralitätspolitik; 1984 hielt demgegenüber Bundesrat Pierre Aubert in bezug auf Schweizer Positionsbezüge in UNO-Gremien unzweideutig fest: «Wir haben das Recht, eine Meinung zu haben.»

Der mit einem Personen- und Sachregister versehenen Dissertation kommt ein hoher Gebrauchswert zur Erschliessung der bundesrätlichen Verlautbarungen zur Schweizer Aussenpolitik zwischen 1945 und 1994 zu. Die Analyse zur Erklärung ihrer Hintergründe muss erst noch geschrieben werden.

Peter Hug (Bern)

**ALTERNATIVE SOLIDAIRE
QUAND LE MARCHÉ FAIT ÉCOLE
LA REDÉFINITION NÉO-LIBÉRALE DU
SYSTÈME DE FORMATION SUISSE.
ENJEUX, CONSÉQUENCES ET
RIPOSTES**

ÉDITIONS D'EN BAS, LAUSANNE 1996, 199 P., FS 28.–

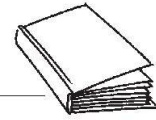
**LAURENT TISSOT
POLITIQUE ET ENSEIGNEMENT
SUPÉRIEUR DANS LE CANTON DE
VAUD**

L'UNIVERSITÉ DE LAUSANNE
1890–1916

PAYOT, LAUSANNE 1996, 400 P., FS 50.–

L'ouvrage de ce collectif de jeunes-formation vise un double objectif: établir un bilan critique des tentatives de redéfinition «néo-libérale» du système de formation suisse dont le but est «d'adapter le système éducatif aux nouvelles exigences de la classe dirigeante» (15) et proposer des alternatives propres à lancer le débat public. Opposant «les dernières décennies» (8) à la période actuelle, les auteurEs remarquent que les maigres acquis sont attaqués de front, au nom d'un «problème financier» (15) dont la «création» (15) permet de légitimer une série de réformes qui sont le fruit d'une «réaction néo-conservatrice» (183) du «bloc social au pouvoir» (22) et des «milieux dirigeants dans le domaine éducatif» (15): interruption de la démocratisation des études et augmentation de la sélection, tendance à la privatisation, modification de la formation professionnelle en vue de l'adapter mieux encore au marché du travail, augmentation de la discrimination envers les femmes. «Une chose est sûre: si cette offensive est couronnée de succès, elle rendra le système de formation plus inégalitaire et moins démocratique» (183).

Il est toutefois difficile d'être convaincu par le raisonnement. En admettant,



à titre très hypothétique, un projet conscient de la «classe dirigeante», il est possible de voir un lien entre privatisation, augmentation de la sélection, frein à la démocratisation et redéfinition de la formation professionnelle, mais est-ce que l'attaque contre les femmes se situe au même niveau? Ne serait-ce pas plutôt un effet induit? Par cet exemple, il apparaît que l'effet de rupture recherché confine plutôt à une forme de naïveté. Grevé de présupposés, de postulats et d'imprécisions, le raisonnement ne permet pas de prendre véritablement au sérieux, et c'est dommage, le poids réel de cette «offensive néo-libérale», à l'exception des quelques pages sereines relatives aux enjeux liés à la mise en place des HES dans le contexte de la crise de la formation professionnelle (79–110). C'est d'autant plus regrettable qu'il y a effectivement, en tant qu'universitaire et citoyen, de quoi s'inquiéter: hausse des taxes d'inscription, facilité avec laquelle un discours purement gestionnaire, sans autre perspective que le court terme et la rentabilité, sur l'Université se déploie de plus en plus facilement, notamment au sein des autorités politiques, etc. Mais à quoi bon vouloir sans cesse fonder «scientifiquement» des prises de position politiques? Car c'est en fin de compte là que le bât blesse: même s'il faut, à juste titre, prendre au sérieux une éventuelle «offensive» néo-libérale, vaut-il la peine de sacrifier la réflexion scientifique et ses acquis au nom du combat politique? Un flou conceptuel certain et une bibliographie franchement insuffisante (qu'est devenue la sociologie de l'éducation?) accompagnent une argumentation qui camoufle derrière des chiffres un rapport suspect à l'enquête et à la démonstration: citations abondantes qui mélangent les genres, absence de références là où on les attendrait le plus, jugements à l'emporte-pièce, allègres franchissements de portes

ouvertes (sur la démocratisation et la sélection notamment) nous confortent dans l'idée que la simple dénonciation d'un discours «néo-libéral», associée à une «quantophrénie» obsédante (Pitirim Sorokin, *Tendances et déboires de la sociologie américaine*, Paris 1959), ne suffit pas à pallier le manque de matériel empirique.

Le discours sur les «caisses vides» associé ici au néo-libéralisme pourrait constituer un lien avec l'analyse de Laurent Tissot qui montre que la création et les premiers développements de l'Université de Lausanne sont avant tout déterminés par son difficile financement. Toutefois, son projet est tout autre: prenant place dans la longue série des récentes histoires des Universités en Suisse, il s'inscrit en rupture avec une «lecture téléologique trop souvent utilisée» (surtout dans la littérature sur l'Université vaudoise) et souhaite dépasser «le cadre étroit d'une histoire purement institutionnelle pour aborder les problématiques d'une histoire sociale, politique et intellectuelle du canton de Vaud» (13).

L'Université n'est plus le fruit d'un simple projet collectif porté par des élites éclairées et elle ne résulte pas d'une simple transformation de l'Académie. Porteuse d'un autre projet éducatif, elle s'inscrit péniblement et secondairement sur l'agenda politique et dans l'instruction publique vaudoise qui privilégie le primaire et le secondaire. Vecteur nouveau de l'enseignement supérieur, elle charrie encore les lourdeurs corporatistes des filières professionnelles représentées à l'Académie, en même temps que les allégeances croisées des microcosmes politique et académique vaudois et lausannois, au sein desquels les craintes des coûts d'installation qu'elle engendrerait surdéterminent en grande partie les éventuels projets pédagogiques et politiques dont elle est investie. «Point de nouveaux

bâtiments, point de nouveaux enseignements» devise le Conseil d'Etat lors de la coûteuse et lente construction du Palais de Rumine. En plus de la mise en évidence de cette dominante, Tissot fournit de multiples éclairages dont l'apport essentiel réside sans doute dans le refus de poser l'Université comme un objet «déjà-donné-là» (qui présente, selon Canguilhem, les trois caractéristiques suivantes: il est inépuisable, impossible à décrire dans son infinité phénoménologique; il est préconstruit, résultat d'une opération sociale et non d'une opération de connaissance; il est enfin un «piège à analyse empirique» qui donne l'impression qu'on peut se contenter de l'observer et de le décrire) et de la considérer comme un foyer de problématiques nouvelles. En ce sens, les ouvertures proposées invitent par exemple à situer l'Université dans l'histoire du développement général de l'instruction publique; à considérer la construction d'une autonomie relative de l'Université vaudoise dans le champ académique naissant (logique combinée de concurrence et d'imitation, en particulier avec Genève), notamment dans la lutte pour la conquête du marché des étudiants étrangers; à évaluer les contraintes financières qui conduisent la (non-)politique de développement des enseignements; à mettre en perspective les relations entre innovation technologique, développement économique et création d'enseignements (notamment en sciences et en médecine); à différencier enfin les enjeux propres à chaque faculté (immatriculations, relations avec l'enseignement secondaire).

Tout en restant un peu prisonnière des relations entre autorités politiques et académiques, l'analyse de Tissot rompt cependant agréablement avec les logiques commémoratives encore trop souvent à l'œuvre et, effet peut-être moins

sociale, fournit quelques pistes intéressantes pour tenter de déconstruire et décantonaliser l'objet «université».

Pierre-Antoine Schorderet (Lausanne)